

ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

UNGLEICHES FRANKREICH

Radiografie der sozioökonomischen
und regionalen Disparitäten

Hervé Le Bras & Achille Warnant
Mai 2020



Die „Gelbwesten“-Proteste in Frankreich haben tiefgreifende regionale Disparitäten zutage treten lassen, die bei vielen Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck des abgehängt Seins hervorgerufen haben.



Anlass zur Sorge geben zum einen die sozio-ökonomischen Ungleichheiten zwischen den Regionen sowie zum anderen die mangelnde Sichtbarkeit staatlichen Handelns in den Regionen.



Der genauere Blick auf diese Disparitäten zeichnet das Bild eines „zerstückelten“ Frankreich, in dem eine zentralistische Politik kein probates Mittel im Kampf gegen Ungleichheit ist.

ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

UNGLEICHES FRANKREICH

Radiografie der sozioökonomischen
und regionalen Disparitäten

Inhalt

	EINLEITUNG	2
1.	SOZIOÖKONOMISCHE UNGLEICHHEITEN IN FRANKREICH	3
1.1	Einfluss der administrativen Ebenen: Stimmenanteil des <i>Rassemblement National</i> und Migrationsanteil	3
1.2	Regionale Disparitäten	5
1.3	Dominanz der großen Städte	7
1.4	Das »Frankreich der Leere«	10
1.5	Andere geografische Unterschiede	12
1.6	Die vierte Ebene: Ungleichheiten innerhalb der Ballungsräume	14
1.7	Zwischenfazit	15
2.	AUSWIRKUNGEN DER UMVERTEILUNG IN FRANKREICH	16
2.1	Starke Umverteilung	16
2.2	Die starke Umverteilung ändert kaum etwas an der großen regionalen Ungleichheit und ist zugleich intransparent	18
2.3	Den Staat in den Dienst der Regionen stellen und neue Formen der Solidarität schaffen	18

EINLEITUNG

Die lange Dauer der »Gelbwesten«-Proteste in Frankreich kam nicht nur für die Regierung, sondern auch für die Öffentlichkeit überraschend. Im Zuge dieser bislang einmaligen sozialen Bewegung, die sich anfangs gegen eine neue Treibstoffsteuer richtete, traten tiefgreifende regionale Missstände zutage. Die Bürgerinnen und Bürger brachten ihr Gefühl des Abgehängtseins zum Ausdruck, das auf einem erschwerten Zugang zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie der Wahrnehmung gründet, dass die öffentliche Hand diesem Problem keine Aufmerksamkeit schenke. Ausgerechnet in Frankreich, das weltweit mit am stärksten zentralisiert ist, eine tief verankerte und langjährige zentralistische, ja monarchische Tradition hat, und das unter allen 28 EU-Mitgliedstaaten am stärksten umverteilt und daher einen starken Durchgriff auf alle seine Regionen haben müsste, sind die regionalen Ungleichheiten unübersehbar geworden. Zwei Umstände geben Anlass zur Sorge: zum einen das komplexe sozio-ökonomische Gefälle, das sich je nach Region anders gestaltet (s. erster Teil), und zum anderen die mangelnde Sichtbarkeit staatlichen Handelns in den einzelnen Regionen (s. zweiter Teil).

Im Gegensatz zum Ost-West-Kontrast in Deutschland oder zum starken Nord-Süd-Gefälle in Italien, Spanien und Portugal ist Frankreich auf allen Ebenen von zahlreichen Bruchlinien durchzogen. Dieses »zerstückelte« Frankreich, das Jérôme Fourquet auch als »Archipel« bezeichnet, wird im ersten Teil des Berichts beschrieben. Diese Bruchlinien erschweren eine Analyse der besonderen politischen Situation in Frankreich – insbesondere auch des zunehmenden Populismus.

Die bescheidenen Haushaltsmittel der Gebietskörperschaften erlauben keine effektive Bekämpfung der regionalen Ungleichheiten, wie in Teil 2 dargelegt wird. Die Mittelvergabe und die Ausstattung der Gebietskörperschaften richten sich kaum nach den in der Bevölkerung vorhandenen Kompetenzen oder den jeweiligen sozialen Problemlagen. Darüber hinaus gibt es nur wenige Kommunen, die dank einer vorbildlichen Haushaltsführung nicht oder nur gering verschuldet sind.

1

SOZIOÖKONOMISCHE UNGLEICHHEITEN IN FRANKREICH

Die regionalen Ungleichheiten in Frankreich sind auf den verschiedenen administrativen Ebenen¹ ganz unterschiedlich ausgeprägt: Auf Ebene der Regionen etwa gibt es Gegenden mit großer sozialer Ungleichheit, aber auch solche, in denen die sozioökonomische Schere weniger stark auseinanderklafft. Auf der Ebene der Städte und ländlichen Kommunen treten andere Unterschiede zutage, die zwei unterschiedliche Formen annehmen können: große Agglomerationen, die ländlichen Räumen gegenüberstehen, sowie dicht besiedelte ländliche Zonen, die Gegenden mit großer Landflucht gegenüberstehen. Auf der noch kleineren innerstädtischen Ebene bestehen häufig unter den einzelnen Stadtvierteln großer Agglomerationen beträchtliche Ungleichheiten.

1.1 EINFLUSS DER ADMINISTRATIVEN EBENEN: STIMMENANTEIL DES RASSEMBLEMENT NATIONAL UND MIGRATIONSANTEIL

Um zu verdeutlichen, wie sehr die Ausprägung von Ungleichheiten von Ebene zu Ebene variieren, bietet sich als Beispiel die Korrelation zwischen dem Anteil von Migrationen und den Wählerstimmen für die rechtsextreme Partei *Rassemblement National* (RN) an. Verglichen mit Deutschland, wo links- und rechtspopulistische Parteien (Die Linke bzw. die AfD) die besten Ergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern erzielen, in denen sowohl der Migrantenanteil als auch die Einkommen am niedrigsten sind, ist die Lage in Frankreich komplexer.

¹ Unterhalb des Zentralstaates gibt es vier administrative Ebenen: 18 Regionen, 101 Departements, 1250 Gemeindeverbände und 35 000 Städte und Kommunen. Die Regionen sind vor allem zuständig für die Bereiche Wirtschaftsförderung, Berufsbildung, öffentlicher Transport und Infrastrukturfinanzierung; die Departements sind insbesondere verantwortlich für Sozialpolitik; Städte und Kommunen wiederum übernehmen die Bereitstellung von Dienstleistungen im unmittelbaren Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger wie Straßenreinigung, Müllabfuhr etc., sind zudem aber auch im Kultur- und Sportbereich tätig.

Abbildung 1 a
Anteil der Einwanderer aus dem Maghreb und der Türkei (2011)

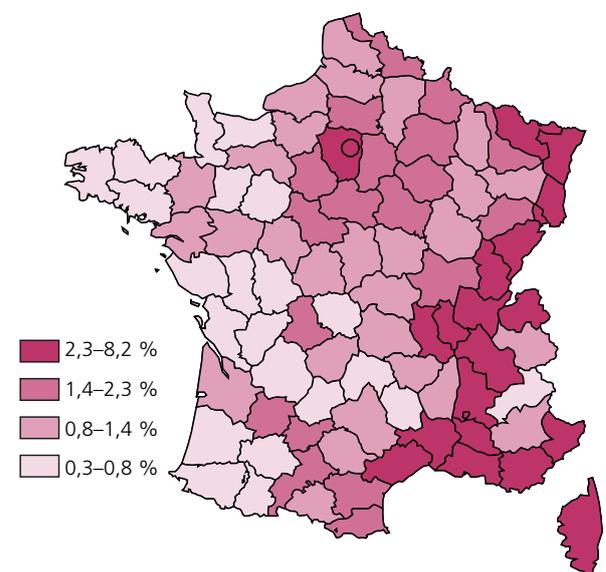
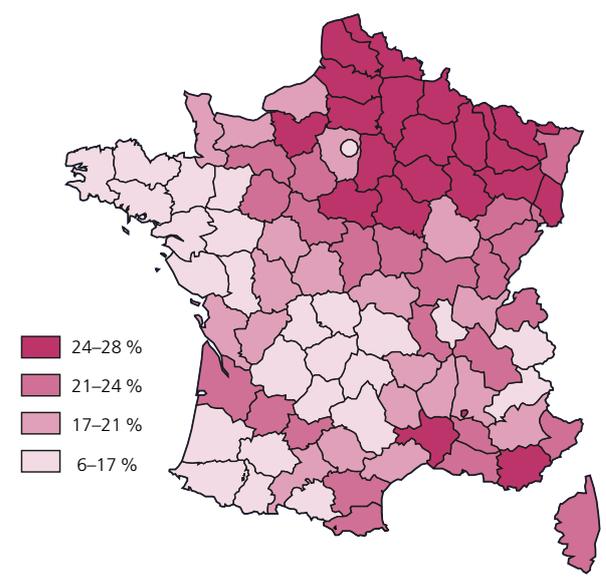


Abbildung 1 b
Wählerstimmen von Marine Le Pen bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2012



Auf der Ebene der Regionen zeichnet sich ein relativ klarer Zusammenhang zwischen der Anzahl der Wähler des RN und dem Migrationsanteil ab (mit $r=0,114$ besteht eine leicht positive Korrelation). In den beiden RN-Hochburgen Ostfrankreich und Mittelmeerküste ist die Zahl der Einwohner mit Migrationshintergrund hoch, wohingegen die Partei in Westfrankreich und im Südwesten des Landes ihre schlechtesten Ergebnisse verzeichnet. Auf der kleineren administrativen Einheit der Departements aber verschwindet diese Korrelation ($r=-0,027$). Hier lässt sich keine Beziehung mehr zwischen beiden Phänomenen ausmachen, wie Abbildung 1 zum Migrationsanteil und zum Wählerverhalten illustriert. Im Pas-de-Calais oder Haute-Marne etwa, zwei Departements im Nordosten, in denen der RN seine besten Ergebnisse erzielt, leben kaum Migranten. In einigen Departements der Umgebung von Paris hingegen, wo Migranten einen hohen Bevölkerungsanteil ausmachen, erzielt der RN seine schlechtesten Ergebnisse.

Auf kommunaler Ebene wiederum erreichen die Rechtspopulisten in den Gemeinden mit dem geringsten Migrationsanteil die besten Wahlergebnisse. Dies lässt sich einerseits anhand des Vergleichs von Stimmenanteil des RN und Migrationsanteil unter Berücksichtigung der Gemeindegröße belegen. Abbildung 2 zeigt, dass das Wahlergebnis umso besser ausfällt, je kleiner die Gemeinde ist. Der Migrationsanteil fällt aber mit abnehmender Gemeindegröße. Insofern besteht eine starke Negativkorrelation zwischen den beiden Kurven ($r=-0,950$). Ein solches Auseinanderklaffen von Korrelationen zwischen den (in diesem Fall administrativen) Ebenen ist ein gutes Beispiel für ein Phänomen, das W. S. Robinson als »Ökologischen Fehlschluss« (*ecological fallacy*) bezeichnet. Andererseits gelangt man zu demselben Ergebnis, wenn man die Entfernung einer Gemeinde zum Zentrum großer Ballungsräume untersucht. Die Karten in Abbildung 3 zeigen das Verhältnis von Migrationsanteil und Stimmenanteil des RN im Großraum Paris. Auf den ersten Blick ist zu erkennen, dass sie im Gegensatz zueinanderstehen. Im Ballungszentrum verzeichnen die Rechtspopulisten äußerst schwache Ergebnisse (5 % der Stimmen im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl 2017 in Paris) und der Migrationsanteil ist mit 23 % relativ hoch. Je weiter man sich von der Hauptstadt entfernt, desto höher fällt der Stimmenanteil des RN bei sinkendem Anteil der Migration an der Wohnbevölkerung aus.

Dieses kleine Experiment zeigt, wie sehr der Zusammenhang zwischen den zwei Phänomenen je nach gewählter administrativer Ebene differiert. Es sind mehrere Faktoren, die hier zusammenkommen oder ineinandergreifen. Regionale Unterschiede, die, wie im Folgenden noch gezeigt wird, sozialer Natur sind, ändern sich mit der Entfernung zu einem Ballungszentrum und der Gemeindegröße, aber auch in Abhängigkeit von der Bevölkerungsdichte. Die Betrachtung welcher Ebene am aussagekräftigsten ist, hängt jeweils von Art der untersuchten Ungleichheit ab.

Abbildung 2
Anteil der Migranten an der Bevölkerung und Wahlergebnisse von Marine Le Pen nach Einwohnern

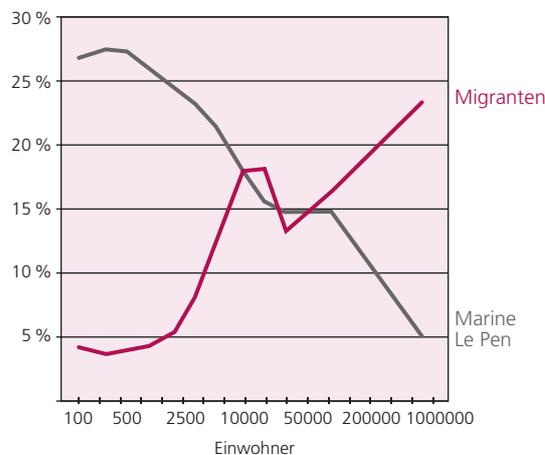


Abbildung 3a
Wahlergebnisse von Marine Le Pen bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2017 in der Region Ile-de-France

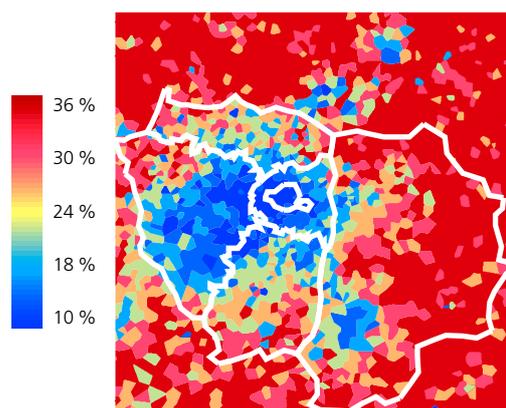
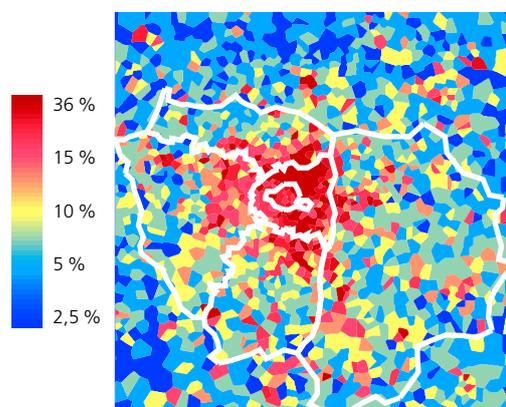


Abbildung 3b
Anzahl der Migranten bei der Volkszählung 2016 in der Region Ile-de-France



1.2 REGIONALE DISPARITÄTEN

Die Ungleichheiten können an den beiden Extrempunkten der sozialen Schichtung beobachtet werden. Meist sind diese Unterschiede kein Nullsummenspiel: Die räumliche Verteilung der Probleme im unteren Bereich des sozialen Spektrums verhält sich nicht diametral zu den günstigen Bedingungen im oberen Bereich. Beide Ränder dieses Spektrums gehorchen einer eigenen Logik, die jeweils auf unterschiedlichen Ebenen sichtbar wird. Zum unteren Ende der sozialen Skala zählen Regionen, in denen sämtliche Probleme zugleich auftreten, aber auch solche, die kaum Probleme haben. Nur wenige bewegen sich im mittleren Bereich. Das obere Ende der Skala erschließt sich vor allem auf der Ebene der Agglomerationen und der ländlichen Gegenden, wie sich noch zeigen wird.

Abbildung 4 zeigt die räumliche Verteilung von fünf spezifischen Problemen auf Ebene der Gemeinden: Arbeitslosigkeit, Anteil junger Menschen ohne Ausbildungsabschluss, Armut, Anteil alleinerziehender Eltern und Gini-Koeffizient zur Einkommensgleichheit.

Die fünf Karten weisen große Ähnlichkeit untereinander auf: Soziale Schwierigkeiten konzentrieren sich im Nordosten oberhalb der Linie Caen–Belfort, dann auf einem etwa 100 km breiten Streifen entlang der Mittelmeerküste mit einer besonders starken Ausprägung auf dem westlichen Abschnitt (Languedoc) und im Garonne-Tal von Toulouse bis zur Atlantikküste. Nur wenige Landstriche in diesen Gegenden sind von den Problemen ausgenommen: die Region der Champagnerproduktion südlich von Reims und das nördliche Elsass. Als Regionen ohne größere soziale Probleme fallen Westfrankreich, das Zentralmassiv, der Bereich südlich der Garonne und der Großraum Lyon auf. Hier weisen die einzelnen Karten nur geringe Unterschiede auf.

Da die fünf Indikatoren jeweils voneinander abhängen, verwundert ihre ähnliche räumliche Verteilung nicht – sie bilden ein System. Ohne Bildungsabschluss steigt die Gefahr der Arbeitslosigkeit und dies schlägt sich wiederum oft negativ auf familiäre Beziehungen nieder, führt zu Scheidungen und einem erhöhten Anteil von alleinerziehenden Elternteilen.

Diese drei Faktoren wiederum sind Hauptursachen für Armut, die insbesondere Alleinerziehende trifft. Steigt der Anteil der in Armut lebenden Menschen, steigen die Ungleichheit und damit der Gini-Koeffizient. Aufgrund ihrer großen Ähnlichkeit lassen sich die Karten auf einfache Weise zu einer einzigen zusammenfassen, indem man die Streuung aller Indikatoren angleicht, jeweils einen Mittelwert erstellt und danach in jeder Kommune die fünf auf diese Weise genormten Indikatoren summiert. Das Resultat dieser Operation zeigt Abbildung 5. Die Ähnlichkeiten der Karte der sozialen Probleme (Abbildung 5 links) mit der Karte der RN-Wähler (rechts) sind frappierend. Daraus ist zu erkennen, dass vornehmlich in Regionen mit großen sozialen Schwierigkeiten der RN gewählt wird: im Nordosten des Landes, an der Mittelmeerküste und im Garonne-Tal. Die Abweichungen sind nur minimal und lokal begrenzt. Die Champagnergegend und das Elsass heben sich auf der linken Karte vom Rest des Nordostens ab,

Abbildung 4a

Arbeitslosenquote der aktiven Bevölkerung im Jahr 2015

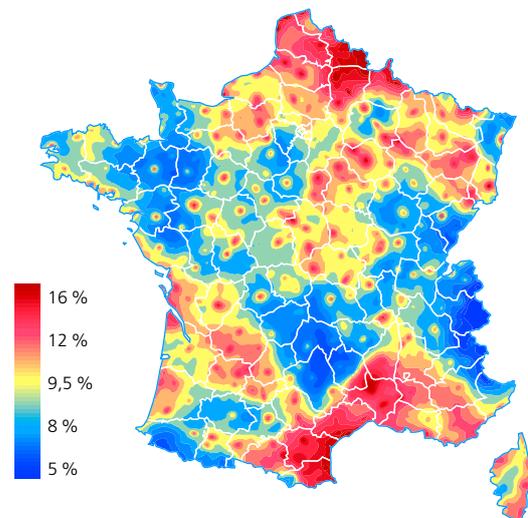


Abbildung 4b

Prozentualer Anteil der jungen Erwachsenen (25–34 Jahre) ohne Schulabschluss im Jahr 2016

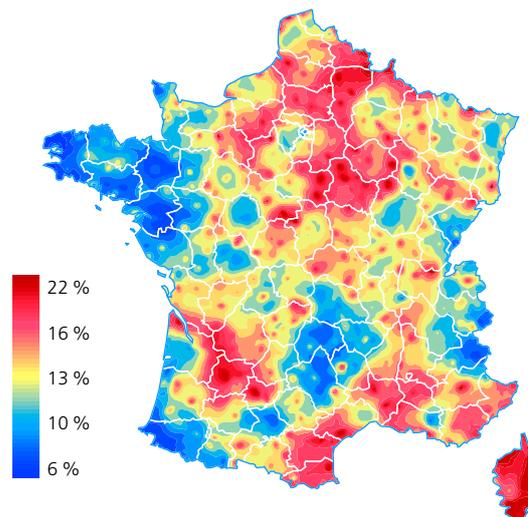


Abbildung 4c

Anzahl der Personen, die unter der Armutsgrenze leben (2015)

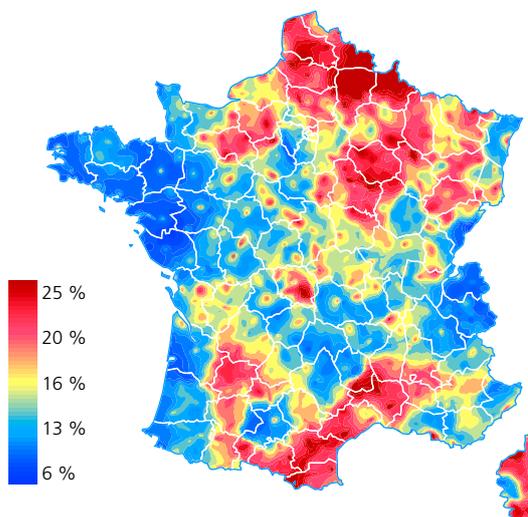


Abbildung 4d
Prozentualer Anteil der alleinerziehenden Familien (2016)

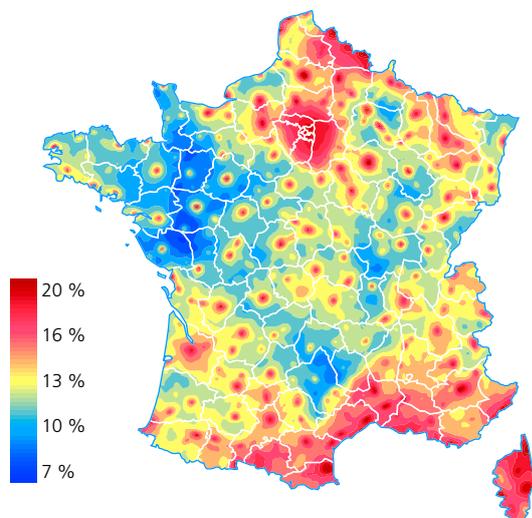
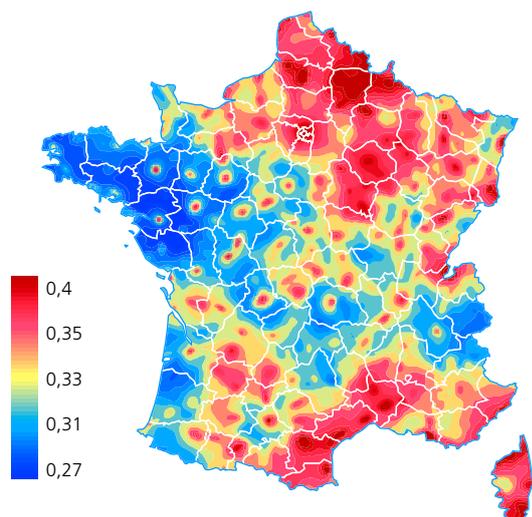


Abbildung 4e
Indikator für Ungleichheit (Gini) im Jahr 2016



Der Grund für die stärker ausgeprägte Ungleichheit in den Städten liegt darin, dass dort der Anteil von Bürgerinnen und Bürgern der gehobenen Schichten größer ist. Da es gleichzeitig auch mehr arme Menschen gibt, ist die Ungleichheit – gemessen anhand des Gini-Koeffizienten oder des Verhältnisses zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensfünftel – naturgemäß stärker. Das führt zum zweiten wichtigen regionalen Gegensatz: den Unterschieden zwischen Großstädten und ländlichen Gegenden.

Abbildung 5a
Gesamtübersicht der vier Problemfelder (Jugendliche ohne Schulabschluss, Arbeitslosigkeit, Armut, Alleinerziehende Familien)

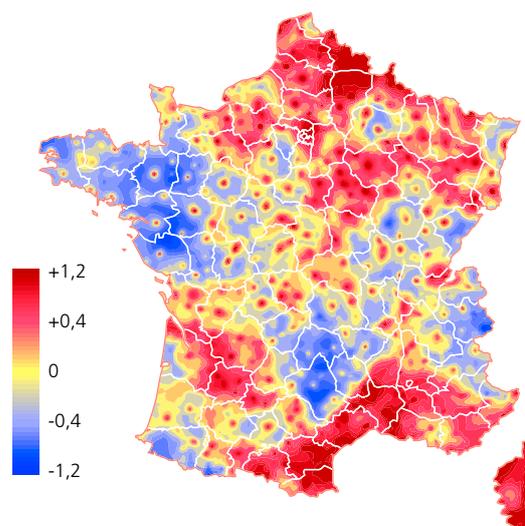
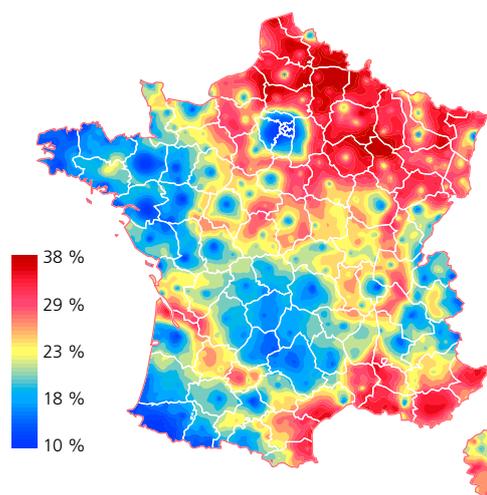


Abbildung 5b
Stimmenanteil für Marine Le Pen bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2017



nicht aber auf der RN-Karte – so als wären diese Regionen in ihrem Wahlverhalten von den umliegenden Gegenden »angesteckt« worden. Auch ist der Erfolg des RN durch ein ähnliches Ansteckungsphänomen im Garonne-Tal etwas begrenzter, bedingt durch den mäßigen Erfolg der Partei in den umliegenden Gegenden.

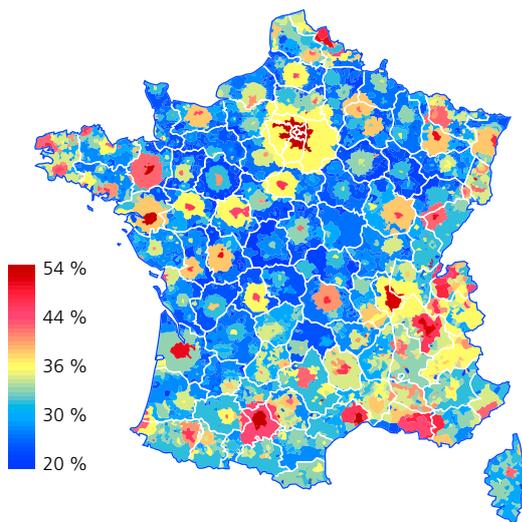
Trotz ihrer großen Ähnlichkeit fördern die beiden Karten einen gewichtigen Kontrast zwischen (insbesondere größeren) Städten und ländlichen Gegenden zutage. Die Probleme sind in den Städten massiver, die RN-Wählerschaft hingegen geringer als anderswo. In den Städten treten Ungleichheit und Armut, aber auch Arbeitslosigkeit und das Phänomen alleinerziehender Eltern geballt auf. Der Befund ist hier der gleiche, der eingangs zur Beziehung zwischen Migrationsanteil und Wählern des RN festgestellt wurde.

1.3 DOMINANZ DER GROSSEN STÄDTE

Im Folgenden wird der Begriff *Stadt* dem der *Agglomeration* vorgezogen, da die hier betrachteten Ausprägungen von Ungleichheit vor allem im Zusammenhang mit den Zentren von Agglomerationen, also den Kernstädten stehen.

Abbildung 6 zeigt, dass sich die beruflich hoch Qualifizierten in den großen Städten konzentrieren. In der Karte wird unterschieden zwischen urbanen Polen, den sie umgebenden suburbanen Zonen und dem verbleibenden Raum jedes Departements. Mit Letzterem bezeichnet die Terminologie des Statistikamts *Insee* die fernab der urbanen Pole oder zwischen zwei Polen liegenden Gemeinden, wobei zu beachten ist, dass diese Gemeindegliederung auf der Erwerbstätigenzahl und der Nähe zur Kernstadt basiert. Für die Pole und suburbanen Zonen wird jeweils der Anteil der Personen mit Hochschulstudium an der Gesamtbevölkerung abgebildet, für die anderen, vorwiegend ländlichen Gemeinden der Mittelwert des gesamten Departements.

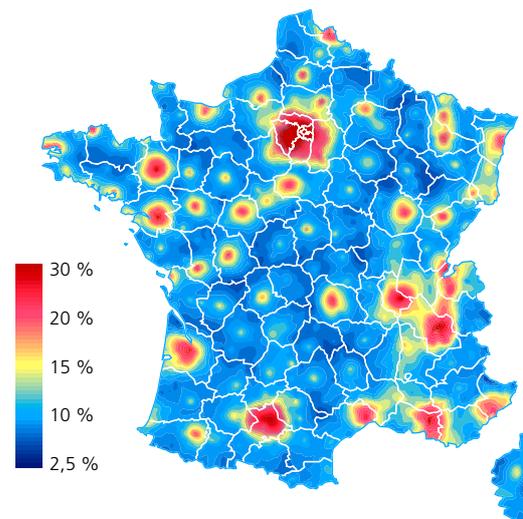
Abbildung 6
Anteil der Personen über 20 Jahren, die ein Hochschulstudium absolviert haben (2016)



Am auffälligsten sind die Unterschiede zwischen ländlichen Gegenden, in denen weniger als 20 % der Einwohner nach dem Abitur ein Studium absolviert haben, und den großen Zentren, wo dieser Anteil bei über 50 % liegt. Auch ist eine klare Hierarchie der Städte ersichtlich: Auf die Spitzenreiter Paris, Lyon, Grenoble, Montpellier, Toulouse, Bordeaux, Nantes, Rennes, Straßburg und Lille folgen in einigem Abstand die Universitätsstädte Poitiers, Orléans, Rouen, Aix, Dijon, Nancy, Besançon und Clermont. Dieses Bildungsgefälle ist vor allem dem Gewicht der Universitäten mit weit zurückreichender Tradition sowie dem Vorhandensein von Forschungszentren und höheren Verwaltungsfunktionen geschuldet, weniger der Bevölkerungsgröße. In Städten, die diese Vorzüge nicht genießen, ist der Bevölkerungsanteil mit Hochschulabschluss geringer. Hier genügt der Vergleich von Nîmes mit Montpellier, von Mulhouse mit Straßburg oder von Le Havre mit Rouen. In den suburbanen Zonen ist die Anzahl der Hochschulabschlüsse oftmals um 15 bis 20 %

niedriger als in den Zentren, jedoch noch deutlich höher als in den ländlichen Gemeinden. In mittelgroßen Städten, die vom *Insee* als »Sekundärpole« bezeichnet werden, ist dieser Anteil etwas höher als in den umliegenden ländlichen Gegenden. Nur die kleinen Pole, also die Kleinstädte, liegen selbst gegenüber ihrer unmittelbaren Umgebung beim Anteil der Hochschulabschlüsse noch zurück. Sie sind auf der Karte als dunkelblaue Punkte zu erkennen.

Abbildung 7 a
Prozentualer Anteil der höheren Angestellten und Freiberufler an der aktiven Bevölkerung (25–54 Jahre) im Jahr 2015



Auch andere Faktoren, die damit zusammenhängen, ob es eine Oberschicht gibt, erklären das Bildungsgefälle zwischen den großen Zentren und ihrer ländlichen Umgebung. Abbildung 7 zeigt den Anteil der höheren Angestellten und Freiberuflern an allen Erwerbspersonen, das Medianeinkommen in den Gemeinden sowie den Bevölkerungsanteil der 20–24-Jährigen. Geografisch sind alle drei Messwerte ähnlich wie die Bevölkerung mit Hochschulabschluss verteilt, da höhere Angestellte im Schnitt über ein höheres Bildungsniveau und mehr Einkommen verfügen. Der hohe Bevölkerungsanteil junger Menschen in den Zentren der Großstädte hängt zwar auch mit diesen Faktoren zusammen, ist aber nicht ausschließlich auf den hohen Studierendenanteil zurückzuführen. Einige Jahre im Stadtzentrum zu leben, ist für junge Menschen zu einer Art Ritus geworden, auch weil stabile Beschäftigungsverhältnisse heute tendenziell später erreicht werden und die Familiengründung immer weiter nach hinten rückt. Aktuell liegt das Alter dafür bei etwa 30 Jahren, wohingegen es in den 1970er Jahren noch bei 25 lag. Die vierte Karte von Abbildung 7 zeigt den Anteil der Arbeiter, der den exakten Kehrwert des Anteils der höheren Angestellten bildet. Mit zunehmender Entfernung von den großen Zentren wächst auch der Anteil der Arbeiter in der Bevölkerung. Dies zeigt sich besonders deutlich bei den Beschäftigten im Baugewerbe und in der Industrie, die zusammen 40 % aller Arbeiter ausmachen und am meisten dem traditionellen Verständnis von Arbeiterberufen entsprechen.

Abbildung 7b
**Verfügbares Durchschnittseinkommen pro Person im Jahre 2015
 (in Euro)**

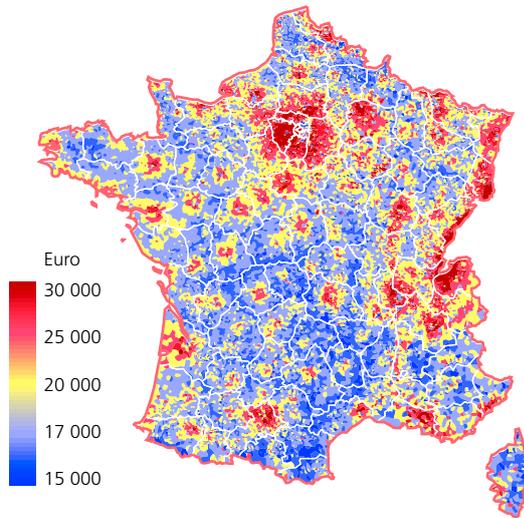


Abbildung 7d
**Anteil der Arbeiter in der aktiven Bevölkerung (25–54 Jahre) im
 Jahr 2015**

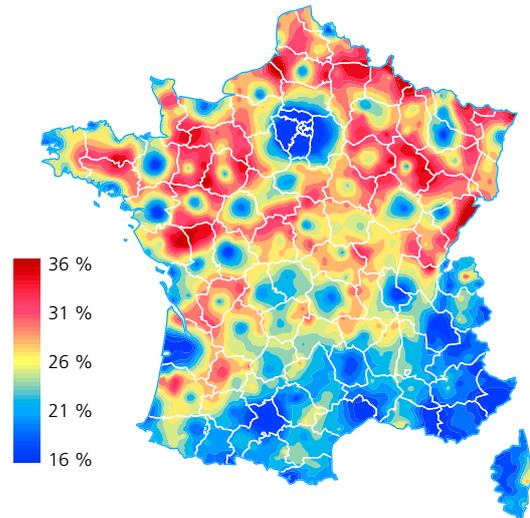
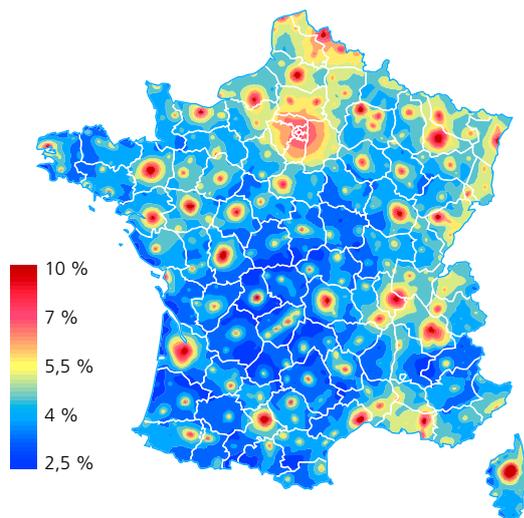


Abbildung 7c
Anteil der 20 bis 24jährigen im Jahre 2016



Bestätigt wird die Dominanz der Großstädte und ihrer Agglomerationen durch eine Studie des Wirtschaftsmagazins *Challenges* vom 14. November 2019, die ein »Ranking der Metropolen« vornimmt. Wie die Darstellung dieses Ranking in Abbildung 8 zeigt, gehören neun der zehn erstplatzierten Metropolen zu den Städten mit dem den höchsten Anteil an Hochschulabsolventen. Die nachfolgenden vier Städte fallen unter die zweitplatzierten. Einzig Nizza und Aix-Marseille werden in Bezug auf ihren Anteil an Hochschulabsolventen niedriger eingestuft.

Man könnte nun meinen, dass sich die Verschiedenheit und die territoriale Ungleichheit in Frankreich ausschließlich auf diese zwei Bereiche beschränkt: die im ersten Abschnitt untersuchten Unterschiede zwischen den Regionen und die soeben beleuchteten Unterschiede zwischen Städten und den ländlichen Räumen. Jedoch erschließt sich unter Berücksichtigung anderer Faktoren noch ein dritter Typus von Ungleichheit, der vor allem mit einer niedrigen Bevölkerungsdichte und ihren historischen Folgen verbunden ist.

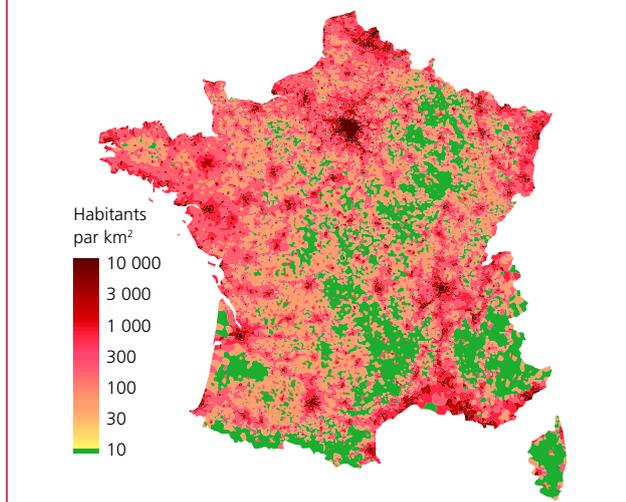
Abbildung 8
 Ranking der Metropolen

Einzugsgebiet	Demographie Wachstum zwischen 2011 und 2016	Studie- rende Anteil an der Bevölkerung (2016)	Hochschul- absolven- ten Anteil der Absolven- ten, die min- destens ein zweijähriges Studium ab- solvieren (2016)	Forschung Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwick- lung am re- gionalen PIB (2016)	Forschung Anzahl der Patentanmel- dungen nach Wohnort des Erfinders (2017)	Forschung Anzahl der höheren An- gestellten im Bereich For- schung und Entwicklung (2016)	Ausbil- dung Anzahl der Hochschulen und Universi- täten (2018)	Ausbil- dung Anzahl der Ingenieurs- und Wirt- schafts- hochschulen (2018)	Exporte Exporte des Departem- ents (in Mill. Euro, 2018)	Hochge- schwindig- keitsinter- net Prozentuale Verfügbar- keit in den Städten (2017)
Toulouse	1,5 % (3)	13,4 % (7)	72 % (1)	18 % (10)	588 (3)	42 672 (2)	66 (1)	25 (4)	39 432 (1)	50,5 % (6)
Lyon	1,1 % (6)	12,4 % (11)	56 % (6)	22 % (5)	593 (2)	43 662 (1)	49 (4)	39 (1)	15 106 (6)	77,3 % (1)
Bordeaux	1,6 % (1)	13,1 % (8)	55 % (7)	19 % (8)	260 (6)	17 503 (5)	49 (4)	27 (3)	7 060 (9)	61,2 % (3)
Lille	0,5 % (9)	15 % (3)	54 % (8)	28 % (2)	215 (7)	16 722 (7)	60 (2)	33 (9)	24 133 (2)	23,3 % (1)
Grenoble	0,4 % (11)	13,7 % (6)	64 % (3)	22 % (5)	954 (1)	22 835 (3)	30 (9)	12 (8)	11 433 (7)	55 % (15)
Rennes	1,4 % (3)	14,8 % (4)	59 % (5)	19 % (8)	209 (8)	11 847 (9)	33 (8)	20 (13)	4 911 (10)	39,3 % (9)
Montpellier	1,6 % (2)	16 % (2)	70 % (6)	18 % (10)	160 (11)	11 725 (10)	24 (13)	20 (3)	1 893 (15)	65,5 % (2)
Aix- Marseille	0,4 % (1)	11,9 % (14)	48 % (11)	28 % (2)	338 (5)	21 772 (4)	54 (3)	21 (5)	15 838 (5)	31,3 % (12)
Nantes	1,5 % (11)	12,3 % (12)	60 % (4)	35 % (1)	199 (9)	17 183 (6)	20 (15)	19 (8)	10 524 (8)	32,1 % (11)
Strasbourg	0,6 % (3)	12,5 % (10)	50 % (9)	11 % (13)	145 (12)	11 464 (11)	42 (6)	4 (9)	20 639 (4)	41,2 % (8)
Nice	0 % (7)	10,2 % (15)	46 % (14)	28 % (2)	167 (10)	14 167 (8)	38 (7)	12 (11)	3 415 (12)	58 % (4)
Clermont- Ferrand	0,6 % (14)	12,9 % (9)	48 % (12)	22 % (5)	398 (4)	7 820 (12)	26 (12)	6 (14)	3 543 (7)	19,5 % (15)
Nancy	0,5 % (9)	16,1 % (1)	48 % (10)	11 % (13)	55 (15)	4 800 (13)	27 (11)	13 (10)	2 517 (11)	37,6 % (10)
Dijon	0,3 % (3)	13,9 % (5)	47 % (13)	2 % (15)	109 (14)	4 282 (15)	28 (10)	5 (15)	3 270 4 (13)	7,6 % (7)
Rouen	0,3 % (13)	12,1 % (13)	38 % (15)	18 % (10)	131 (13)	4 382 (14)	22 (14)	9 (13)	21 585 (13)	24,7 % (13)
Paris	0,4 %	11,5 %	69 %	17 %	825	278 959	–	–	–	77,9 %

1.4 DAS »FRANKREICH DER LEERE«

In einem kleineren Maßstab zeigt die Besiedelung des Raums einen dritten Gegensatz, und zwar zwischen einem verödeten und einem dicht besiedelten Frankreich. 1947 prägte Jean-François Gravier den Begriff *désert* (Wüste), mit dem er die Vormachtstellung von Paris gegenüber dem Rest des Landes anprangerte. In den 1980er Jahren verbreiteten Geografen, allen voran Roger Brunet, den Begriff der »Diagonale der Leere« (*diagonale du vide*). Damit ist jener Teil Frankreichs gemeint, der nicht nur dünn besiedelt, sondern zudem von einer stetigen Abwanderung betroffen ist. Auf der obigen Karte, die die Bevölkerungsdichte zeigt, ist diese »Diagonale der Leere« deutlich erkennbar. Grün sind jene Gebiete, in denen die Bevölkerungsdichte weniger als 10 Einwohner pro Quadratkilometer beträgt (Abbildung 9).

Abbildung 9
Dichte der Kommunen (2015)



Man sieht, dass diese Gebiete tatsächlich eine etwas im Zickzack verlaufene Diagonale bilden, die von den Ardennen ausgeht und südlich des Departements Aveyron endet. Daneben zählen auch die Bergregionen der Alpen und der Pyrenäen sowie das Heideland des Departements Landes zu den dünn besiedelten Gebieten. Die Diagonale der Leere umfasst ein großes Gebiet und ist nicht zu vernachlässigen, da sie sich nicht etwa auf den Rand des Landes beschränkt, sondern das gesamte französische Staatsgebiet durchquert und es in eine westliche und eine östliche Bevölkerungsgruppe trennt. Die Diagonale liegt zwischen zwei großen zusammenhängenden Städtegebilden, die sich auf der Karte deutlich abheben (rot): einerseits der Norden mit Paris, der Westen und Südwesten und andererseits die Zone entlang der östlichen Landesgrenze und der Mittelmeerküste.

Was es bedeutet, in einem solchen »Frankreich der Leere« zu leben, wird anhand mehrerer Indikatoren klar. In dünn besiedelten Gegenden liegen der nächste Arzt und viele andere Dienstleistungen weit entfernt, wie die beiden oberen Karten von Abbildung 10 demonstrieren. Daher ist eine geringe Bevölkerungsdichte an sich bereits ein Grund dafür, dass immer mehr Menschen aus diesen Gebieten abwandern, wie auf der dritten Karte erkennbar ist. Aus weniger offensichtlichen

Abbildung 10a
Entfernung zum nächsten Arzt (2018)

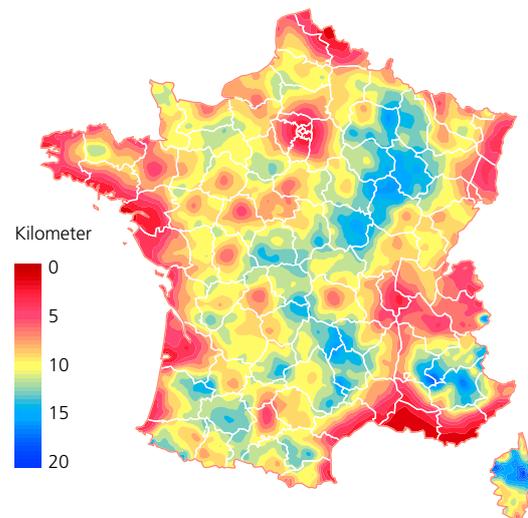


Abbildung 10b
Prozentualer Anteil der Bevölkerung, die weiter als 15 Minuten von den 12 wichtigsten Dienstleistungsbereichen entfernt wohnen

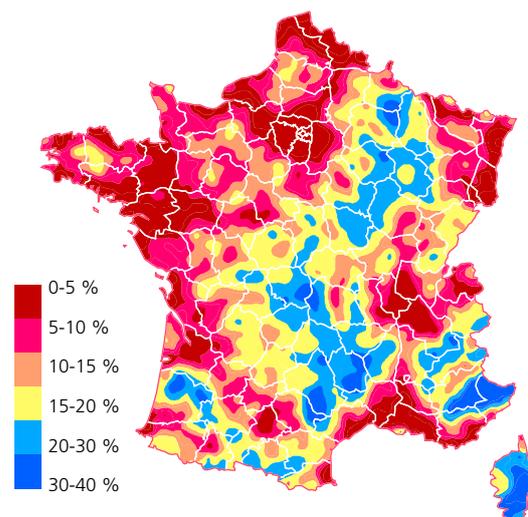
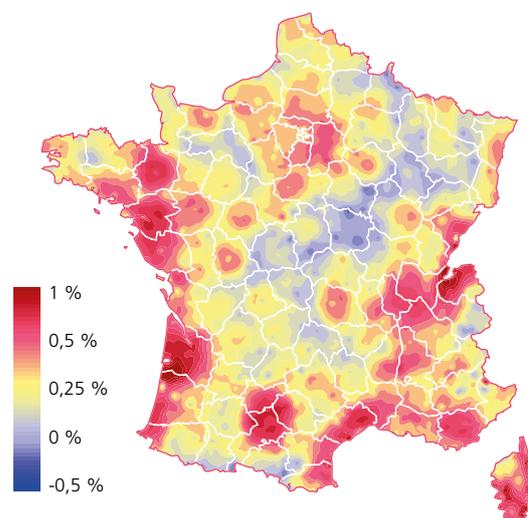
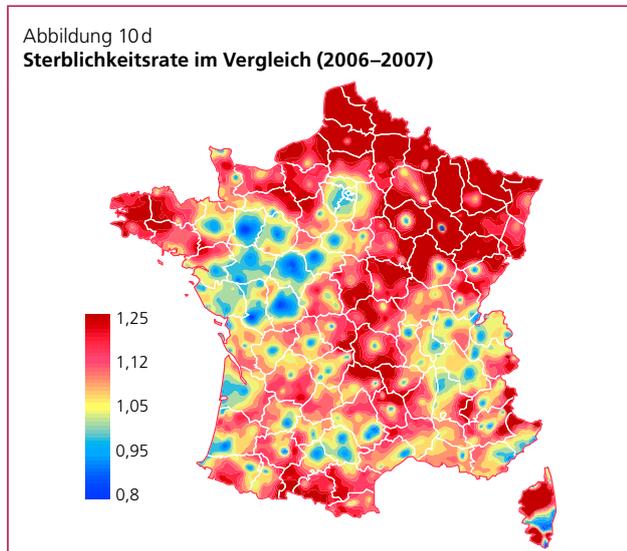


Abbildung 10c
Jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung zwischen 2010 und 2015



Gründen ist auch die Sterblichkeit auf der Diagonale höher. Neben den Regionen, in denen die Sterblichkeit aus bekannten Ursachen höher ist – dem Norden aufgrund der mit der Industriearbeit verbundenen Folgekrankheiten und der Nordwesten aufgrund des dort verbreiteten Alkoholismus – ist auch die Diagonale von höherer Sterblichkeit betroffen, wie auf der vierten Karte von Abbildung 10 zu erkennen ist.



Die Bevölkerung der Diagonale der Leere bleibt nicht gleichgültig angesichts der Probleme, die die geringe Bevölkerungsdichte mit sich bringt. Es waren vor allem Menschen aus diesem Teil Frankreichs, die an den »Gelbwesten«-Protesten teilgenommen haben, wie Abbildung 11 veranschaulicht. Sie zeigt den Bevölkerungsanteil, der am Vorabend der ersten und größten Demonstration der Gelbwesten vom 17. November 2018 seine Teilnahme angekündigt hatte.

Verknüpft oder überlagert man die in Abschnitt 1 genannten Problemregionen mit den Gebieten der Diagonale der Leere, erschließen sich noch andere Indikatoren, die auf beide Räume gleichermaßen zutreffen. Besonders auffällig sind die niedrige Beschäftigungsquote von Frauen und das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit (Abbildung 12a). In beiden Fällen erschweren große Distanzen und beschwerliche Verkehrsbedingungen die Arbeitssuche und Ausübung einer beruflichen Tätigkeit. Zu dieser Hürde kommen noch die im ersten Abschnitt genannten sozialen Probleme hinzu. Da in der Karte der Jugendarbeitslosigkeit (Abbildung 12b) mehrere Merkmale aufeinandertreffen, wurde das Ergebnis in fernab der urbanen Pole und zwischen zwei Polen liegenden Gemeinden angeglichen, um zufällige Schwankungen auszugleichen. Städte und suburbane Zonen hingegen wurden individualisiert dargestellt, um die Verschiedenartigkeit dieser Ballungsräume zu veranschaulichen. Bei der Beschäftigungsquote der Frauen wurde immer ein Mittelwert aller Städte und ihrer suburbanen Zone herangezogen. Dadurch lässt sich ein Kontrast zwischen den Städten und ihrem Umland feststellen: Im Umland ist die Beschäftigungsquote durchgehend höher. Dieser Umstand ist der demografischen Struktur geschuldet, da sich Haushalte, in denen beide Partner arbeiten, aufgrund der für eine Familie notwendigen Wohnungsgröße vorwiegend in suburbanen Zonen ansiedeln.

Abbildung 11
Prozentualer Anteil der Gelbwesten (laut Internet) an der Bevölkerung am 17. November 2018

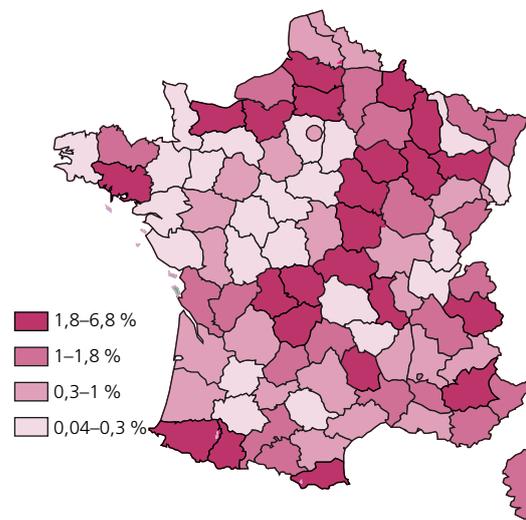


Abbildung 12a
Jugendarbeitslosigkeit (18 bis 24jährige) 2015

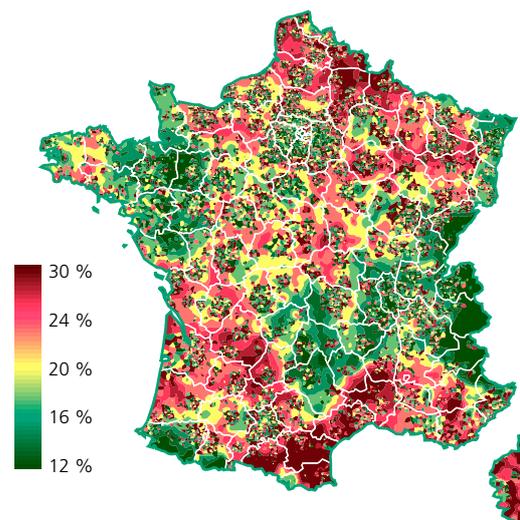
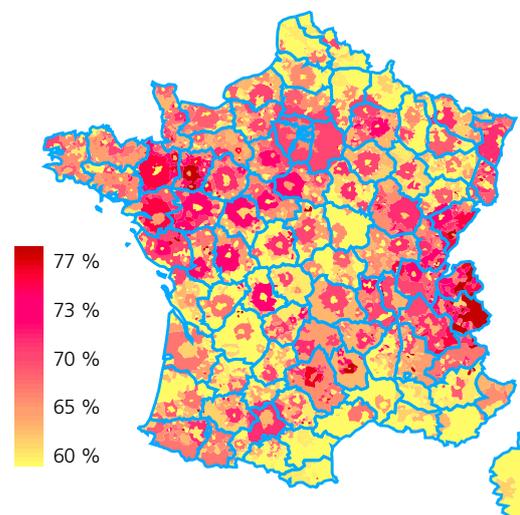


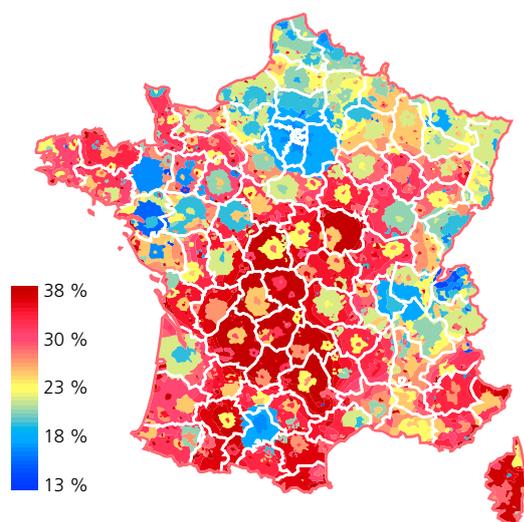
Abbildung 12b
Anteil der Frauenerwerbstätigkeit (20 bis 64jährige) 2016



1.5 ANDERE GEOGRAFISCHE UNTERSCHIEDE

Zahlreiche wichtige Größen fügen sich nicht in das Muster der drei bisher beleuchteten regionalen Unterschiede ein. Ein Beispiel ist die geografische Verteilung älterer Menschen. Abbildung 13 zeigt, dass in Südwestfrankreich, in der Bretagne, der Region Basse-Normandie, im Burgund und in den Alpen die meisten älteren Menschen leben. Auf der Karte sind Städte und suburbane Zonen getrennt voneinander dargestellt. Am geringsten ist der Bevölkerungsanteil älterer Menschen in den großen Städten (insbesondere Bordeaux, Nantes, Rennes, Paris, Toulouse, Montpellier, Lille und Straßburg), gefolgt von ihrem Umland. In den kleinen Städten hingegen liegt der Anteil älterer Menschen oft höher als in ihrer unmittelbaren Umgebung (auf der Karte in Form der kleinen, beige Flecken ersichtlich).

Abbildung 13
Prozentualer Anteil der älteren Menschen (64 Jahre und mehr) im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, 2015

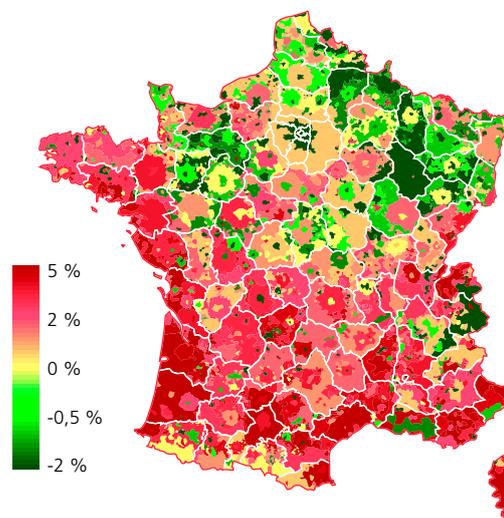


Der Alterungsprozeß der lokalen Bevölkerung hängt von drei langfristigen Faktoren ab: der Geburtenziffer, der Sterblichkeit und dem Wanderungssaldo. Südwestfrankreich verzeichnet schon immer eine niedrige Geburtenziffer und eine niedrige Sterblichkeit, was beides zur Veralterung der Bevölkerung beiträgt. In der Bretagne und der Normandie wiederum ist die Überalterung auf eine frühere Abwanderung junger Menschen zurückzuführen. Im Nordosten des Landes treffen eine hohe Geburtenziffer und eine hohe Sterblichkeit aufeinander und begrenzen die Alterung. Von den drei bisher besprochenen Faktoren der regionalen Differenzierung spielt hier nur der Gegensatz zwischen Städten und ländlichem Raum eine Rolle, wobei natürlich zwischen den großen Städten, ihren suburbanen Zonen und den kleinen Städten unterschieden werden muss.

Darüber hinaus weisen noch zwei weitere wichtige Größen ebenfalls keinen Zusammenhang mit den oben beschriebenen regionalen Gegensätzen auf, auch wenn ihre geografische Verteilung einer Struktur folgt. Die erste ist der Wande-

rungssaldo, der auf Abbildung 14 für die Jahre 2010 bis 2015 skizziert ist.

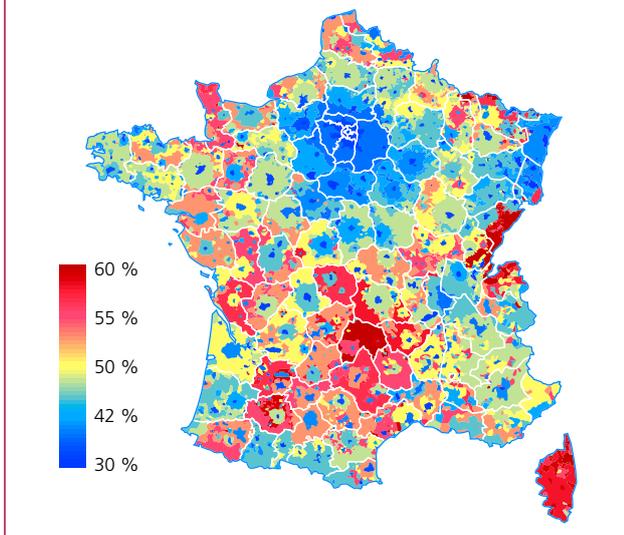
Abbildung 14
Anteil des Wanderungssaldos zur Gesamtbevölkerung (in %), 2010 bis 2015



Man würde meinen, dass sich die lokale Wirtschaftslage und insbesondere die Arbeitsmarktsituation auf die Wanderungsströme und deren Saldo auswirken. Das ist jedoch nicht der Fall. Ein großer Teil des Nordens, nördlich der Linie Saint Malo–Saumur–Belfort, weist einen Negativsaldo auf. Ausnahmen stellen hier nur die Departements, die an die Île-de-France grenzen, und das Loire-Tal dar. Sowohl ländliche Gegenden als auch die meisten Städte, darunter Paris, verzeichnen eine negative Wanderungsbilanz. Anders verhält es sich in den Gegenden südlich und westlich dieser Zone, die alle ein relativ ähnliches positives Wanderungssaldo haben. Seltene Ausnahmen bilden kleine oder mittelgroße Städte wie Aix-Marseille und Grenoble. Die Situation im Languedoc ist insofern widersprüchlich, als der Wanderungssaldo größer als in allen anderen Regionen ist, obwohl soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, mangelnde Bildung und große Ungleichheit im landesweiten Vergleich dort besonders ausgeprägt sind. Teilweise lässt sich dieser Saldo auf die Altersmigration zurückführen, insbesondere an der Atlantikküste, doch überwiegend ist er nicht mit den hier verwendeten Indikatoren erklärbar. Oft wird das Klima als Grund genannt und das Phänomen mit dem Begriff »Heliotropismus« umschrieben, doch dürfte dies kaum eine stichhaltige Erklärung liefern.

Eine letzte Karte mag ebenso für Erstaunen sorgen: Sie zeigt den Anstieg des steuerpflichtigen Einkommens zwischen 2001 und 2015. Der Untersuchungszeitraum ist bewusst so lang gewählt, damit vorübergehende Schwankungen das Ergebnis nicht beeinflussen (Abbildung 15). Der stärkste Anstieg war in ländlichen Gebieten weitab der Hauptstadt und der großen Städte zu beobachten, beispielsweise in den Departements Cantal, Aveyron, Gers, Manche und Mayenne. Den geringsten Einkommenszuwachs verzeichneten dagegen der Großraum Paris, die Region Lyon und das Elsass – allesamt wirtschaftliche Wachstumsregionen.

Abbildung 15
Einkommenssteigerung von Einzelpersonen in den Jahren 2001 und 2015 (in %)

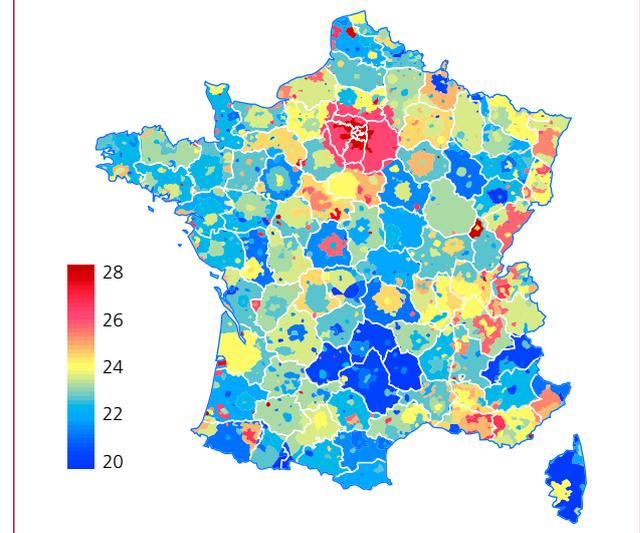


Die Unterschiede sind zum Teil erheblich. Beispielsweise stieg das Medianeinkommen in Paris in den 14 Jahren von 20.150 auf 22.390 Euro an, wohingegen im Cantal ein Sprung von 12.280 auf 19.240 Euro stattfand. Generell lag das Einkommen in den Städten weniger zu als in den suburbanen Zonen, in beiden zusammen genommen nochmals weniger als im nationalen Mittel. Lokale Sonderfälle wie der Osten des Departements Doubs oder das Departement Ain sowie der Norden von Meurthe-et-Moselle lassen sich durch die Anzahl der Grenzgänger erklären, da die Einkommen in der Schweiz und in Luxemburg schneller als in Frankreich gestiegen sind. Für den Rest des Staatsgebiets kann jedoch von einer Annäherung der Einkommen gesprochen werden, die Einkommensungleichheit ist also geringer geworden. Das ist schwer zu verstehen angesichts der Proteste der »Gelbwesten«, die vor allem den Kaufkraftverlust in den Gegenden fernab der Ballungszentren kritisiert haben. Wenn tatsächlich die Kaufkraft ausschlaggebend gewesen wäre, hätten viel eher die Bewohner der großen Städte und ihrer Peripherie wegen ihres geringeren Einkommenszuwachses protestieren müssen.

Ein letztes Beispiel, das der Löhne und Gehälter, ist ein Gradmesser für die Komplexität der territorialen Unterschiede. Da der Durchschnittslohn an einem bestimmten Ort von der sozialen Zusammensetzung abhängt, wurde der Durchschnittslohn einer bestimmten sozialen Kategorie, nämlich die der höheren Angestellten (cadres) und Freiberufler, herangezogen, um die Verzerrung zu verringern. Abbildung 16a zeigt das Stundenlohnniveau im Jahr 2015 auf der Ebene der städtischen Zentren, des städtischen Umlands und dem übrigen Frankreich. Die Karte ist äußerst kompliziert. Zwar sind die Löhne im Großraum Paris viel höher und in den Ballungsgebieten (Bordeaux, Toulouse, Montpellier, Aix-Marseille, Lyon, Straßburg, Clermont) etwas höher, aber nur geringfügig in Rennes, Dijon und Lille. Wenn wir daraus wirklich ein Muster ableiten wollen, können wir feststellen, dass die Gehälter in Gebieten, denen es wirtschaftlich gut geht, höher liegen: Großraum Paris, Ostgrenze von der Mosel nach Savoyen, Region Rhône-Alpes sowie der Süden der Provence. Umge-

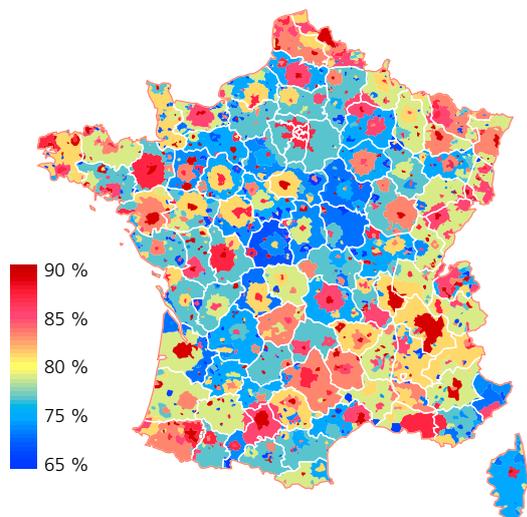
kehrt sind die Löhne und Gehälter im Südwesten Frankreichs niedriger, insbesondere in kleinen und mittleren Städten wie Auch, Agen, Brive, Bergerac, Rochefort. Weiter nördlich bleiben die Löhne und Gehälter außerhalb der Ballungszentren zwar niedrig, steigen aber in manchen Städten wie Laval und Chartres, Amiens, usw. wieder an. Der Unterschied zwischen den Stadtzentren und ihren Randgebieten ist sehr variabel. Paris liegt über seinen Randgebieten, ebenso wie Grenoble, Marseille, Clermont, Troyes und Quimper.

Abbildung 16a
Durchschnittlicher Stundenlohn (höhere Angestellte) in Euro (2015)



Man könnte meinen, dass die Unterschiede auf die Heterogenität der *INSEE*-Kategorie »Höhere Angestellte und Freiberufler« zurückzuführen sind. Eine Möglichkeit, dies zu überprüfen, besteht darin, das Ausbildungsniveau von höheren Angestellten abzubilden. Abbildung 16b zeigt den Anteil derer, die eine Hochschulbildung absolviert haben. Der Prozentsatz reicht von 65 bis 90 Prozent. Die vorliegende Übersicht hat entgegen den Erwartungen wenig mit der vorherigen Abbildung gemein. Das Ergebnis ist regelmäßiger und folgt ziemlich genau der städtischen Hierarchie. Das Bildungsniveau liegt in den Zentren höher als in den städtischen Randgebieten und in letzteren höher als in den Gemeinden außerhalb der städtischen Ballungszentren. Auch die regionalen Unterschiede sind deutlicher als auf der vorherigen Karte. Das akademische Niveau der höheren Angestellten ist niedriger im sehr erweiterten Pariser Becken, das sich in Richtung Poitou und Charentes auf der einen Seite und in Richtung Burgund auf der anderen Seite erstreckt, ganz so als hätte Paris die Personalressourcen »abgepumpt«. Darüber hinaus steigt das Niveau vor allem in den städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Gegenden im Norden, in der Bretagne und im westlichen Teil der Normandie, im Süden der Garonne und des Zentralmassivs und vor allem im gesamten Südosten und einem breiten Streifen an der Ostgrenze. Das volkswirtschaftliche Argument nach dem es eine Beziehung zwischen Bildung, Produktivität und Lohnniveau gäbe, wird daher in Frankreich untergraben, wie zuvor schon der Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Zuwanderungsraten.

Abbildung 16b
Prozentualer Anteil der höheren Angestellten mit Hochschulabschluss (2015)



1.6 DIE VIERTE EBENE: UNGLEICHHEITEN INNERHALB DER BALLUNGSRÄUME

Auf den bisherigen Karten wurden bestimmte Merkmale geglättet oder alle Gemeinden einer Agglomeration bzw. ihrer suburbanen Zone zusammengefasst. Dadurch wurden lokale Unterschiede ausgeblendet und es entstand der Eindruck von Homogenität. Die Realität aber sieht anders aus. Erstellt man für jede Gemeinde eine Karte anhand drei der im ersten Abschnitt untersuchten Indikatoren für soziale Probleme, tun sich innerhalb der Region Île-de-France, in der die Stadt Paris und ihre suburbane Zone fast den gesamten Raum einnehmen, große Unterschiede auf.

Abbildung 17 zeigt, dass zwischen den Gemeinden der Île-de-France hinsichtlich Armut, Jugendarbeitslosigkeit und der Zahl Alleinerziehender große Differenzen bestehen. Östlich von Paris und seiner suburbanen Zone ist die Armut hoch, rund um dieses Gebiet schwächer, doch dann wieder stärker, je weiter man sich den äußeren Grenzen der Region nähert, wo sie sich bis in die östliche Hälfte des Departements Seine-et-Marne hineinzieht. Die Verteilung der Jugendarbeitslosigkeit weist dieselbe Struktur auf, doch ist das räumliche Ausmaß ein anderes: Die stark betroffenen Zonen östlich von Paris sind kleiner, wohingegen sich die Zone mit einer niedrigeren Arbeitslosenquote bis an die Grenze der Region erstreckt und erst außerhalb wieder eine hohe Quote sichtbar wird. Der Anteil der Alleinerziehenden ist im Zentrum der Île-de-France, in Paris und seiner inneren suburbanen Zone überall gleichermaßen hoch. Dann aber fällt er über die Grenze hinaus steil ab und bleibt auf niedrigem Niveau.

Abbildung 17a
Verfügbares Einkommen pro Person in der Region Ile-de-France (2015)

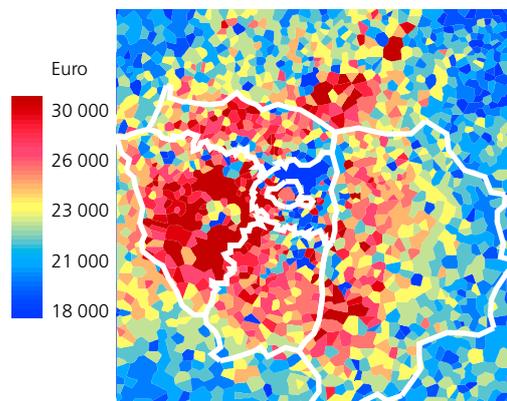


Abbildung 17b
Jugendarbeitslosigkeit (15–24jährige) in der Region Ile-de-France (2015)

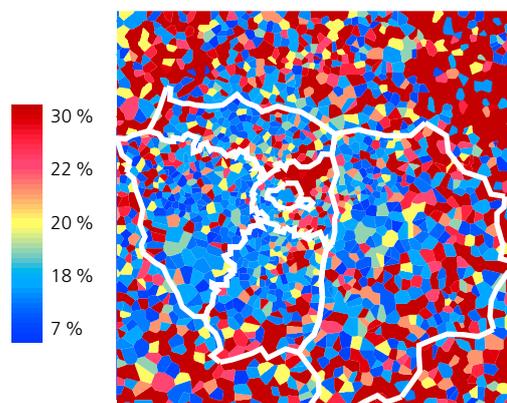
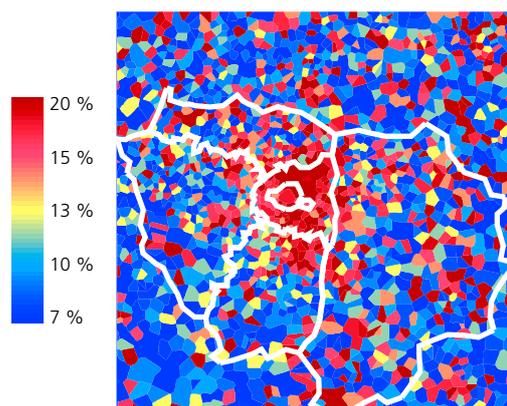


Abbildung 17c
Prozentualer Anteil der Alleinerziehenden unter Familien mit Kindern (2015)



Die Region Île-de-France ist kein Sonderfall. Dieselben Muster lassen sich um alle großen städtischen Pole herum beobachten, was etwa bei einem Vergleich des Medianeinkommens der Île-de-France und des Großraums Lyon (der sich über die Departements Rhône und Loire erstreckt) deutlich wird. Auf den beiden Karten gleichen Maßstabs von Paris (Abbildung 18) und Lyon fällt zunächst das Einkommensgefälle zwischen der größten und der zweitgrößten Agglomeration Frankreichs auf. Die Einkommensstruktur jedoch ähnelt sich: Hohe Einkommen finden sich im Westen der Kernstadt, im Zentrum fallen sie bereits etwas niedriger aus und nehmen dann in konzentrischen Kreisen immer weiter ab. Der leichte Einkommensanstieg südwestlich von Lyon ist durch eine Überlappung mit der Stadt Saint-Étienne begründet. Vergleicht man die Einkommen in der Île-de-France mit den drei Karten, die die dortigen sozialen Probleme darstellen, sieht man, dass sich die Einkommensverteilung nicht, wie man meinen könnte, exakt gegensätzlich zu den sozialen Problemen verhält. Dasselbe gilt auch für das übrige Frankreich.

1.7 ZWISCHENFAZIT

Ungleichheit entwickelt sich in Frankreich auf den einzelnen räumlichen Ebenen unterschiedlich und könnte sogar auf der Mikroebene eines Häuserblocks oder Wohnhauses weiter untersucht werden. Norbert Elias beschrieb in seinem Buch zum Thema Segregation, dass in einer englischen Kleinstadt zwei parallele Arbeiterstraßen mit denselben Reihenhäusern zwei völlig unterschiedlichen sozialen Welten angehörten. Um ein Bild der Mathematik zu verwenden, verhalten sich Ungleichheiten fraktal und sind daher vielfach aufgegliedert: Werden Unterschiede auf einer Ebene durch die Bildung eines Mittelwerts geglättet, tauchen sie auf der nächsten wieder auf. Dies stellt ein erhebliches Problem für Politiken zur Bekämpfung von Ungleichheit dar, da die sozialpolitischen Maßnahmen immer nur pauschal auf einer Verwaltungsebene (Staat, Region, Departement oder Gemeinde) ergriffen werden. Aus den zahlreichen hier präsentierten Karten lässt sich erkennen, dass die in Frankreich übliche zentralistische Politik kein geeignetes Mittel im Kampf gegen Ungleichheit darstellt. Es scheint vielmehr notwendig, den mittleren Verwaltungsebenen mehr Kompetenzen zu übertragen, bspw. bei dem Erlass von Verordnungen. Dies ist vor allem angesichts der Tatsache notwendig, dass auch wenn staatliches Handeln soziale Ungleichheiten zwar deutlich zu reduzieren vermag, dies jedoch nicht automatisch zu einem Abbau territorialer Ungleichheiten führt. Umso bedeutender wird dies vor dem Hintergrund, dass sich bestimmte Formen der Ungleichheit zwar in geografischer Hinsicht mit den politischen Lagern in der Gesellschaft überschneiden – wie bei der Wählerschaft des RN zu sehen war und wie es auch für die Partei LREM gezeigt werden könnte –, es jedoch keinen generellen Zusammenhang zwischen politischen Strömungen und territorialer Ungleichheit gibt.

Abbildung 18a
Durchschnittliches Einkommen im Großraum Paris (2015)

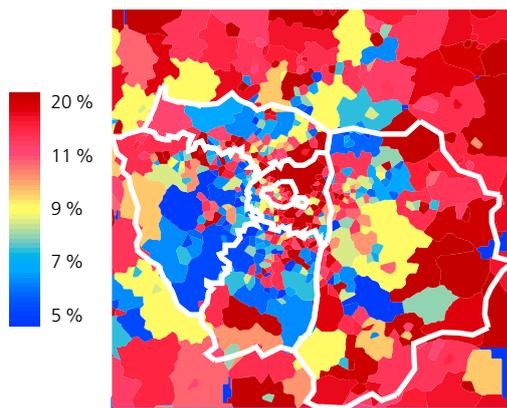
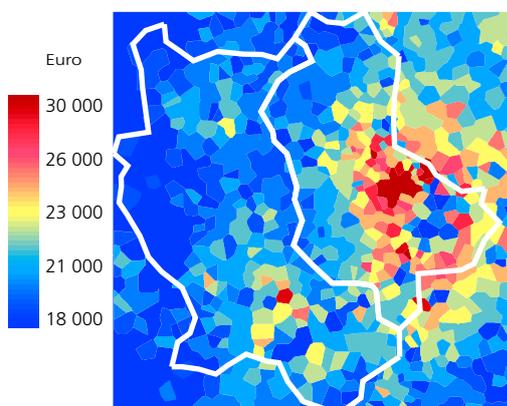


Abbildung 18b
Durchschnittliches Einkommen im Großraum Lyon (2015)



2

AUSWIRKUNGEN DER UMVERTEILUNG IN FRANKREICH

Nach zwei Jahrzehnten abnehmender Ungleichheit in den 1970er und 1980er Jahren weist der Lebensstandard seit den 1990er Jahren wieder ein zunehmendes Gefälle auf. Das Verhältnis zwischen dem durchschnittlichen Einkommen der Reichsten und dem der Ärmsten ist zwischen 1998 und 2012 von 6 (dies entspricht einem Unterschied von 38.000 Euro) auf 7,5 (ein Unterschied von 53.000 Euro) angewachsen. Zwar haben sich im Vergleichszeitraum die Finanz- und Immobilienvermögen im Mittel für alle Franzosen verdoppelt, für die ärmsten 20 % sind sie jedoch gesunken. So besaßen die reichsten 10 % der Haushalte jeweils fast 600.000 Euro an Vermögenswerten, die ärmsten 10 % dagegen nur durchschnittlich 4.500 Euro.

2.1 STARKE UMVERTEILUNG

Diese Bestandsaufnahme darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Frankreich effiziente sozialstaatliche Sicherungsmechanismen bestehen. Das französische Sozialmodell, das auf den *Conseil national de la Résistance* zurückgeht, ist ein Mischsystem, das Versicherungselemente mit Fürsorgeelementen verbindet. Dies bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger gegen die Risiken des Lebens (wie Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfälle) abgesichert sind, sei es durch die von ihnen entrichteten Sozialbeiträge, durch die sie bestimmte Ansprüche geltend machen können oder andererseits durch steuerfinanzierte soziale Unterstützungsleistungen, die allen ein Mindestmaß an Mitteln zum Lebensunterhalt garantieren. So werden in Frankreich jährlich 1.000 Milliarden Euro Steuern, Abgaben und Sozialbeiträge erhoben und durch die öffentliche Hand verteilt. Dies entspricht 46 % des BIP (450 Milliarden Euro an Steuern, 365 Milliarden Euro an Sozialbeiträgen). Im europäischen Vergleich ist Frankreich bei der Umverteilung damit klarer Spitzenreiter (+4,5 Prozentpunkte).

In Zeiten wirtschaftlicher Rezession fungiert dieses Sozialsystem als mächtiger Schutzschild gegen Armut und Ungleichheit mit starken Auswirkungen auf die Regionen. Und in der Tat sind in Frankreich die Umverteilungen von dicht bevölkerten Regionen zu dünn besiedelten Regionen ebenso wie die von gut ausgestatteten Regionen zu Regionen, die großen Schwierigkeiten gegenüberstehen, ausgesprochen hoch (Abbildung 19).

Abbildung 19a
Verfügbares Einkommen pro Person im Jahre 2016 (in Euro)

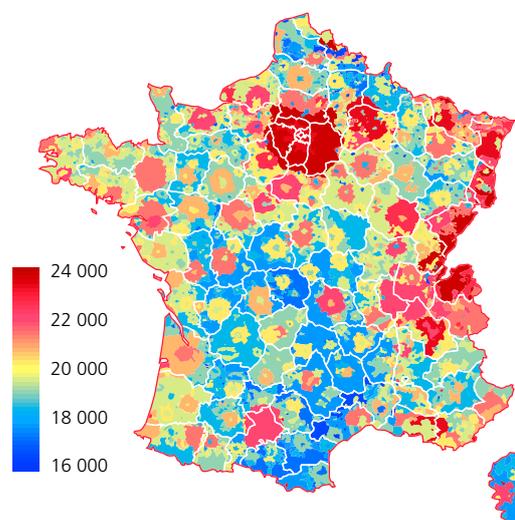
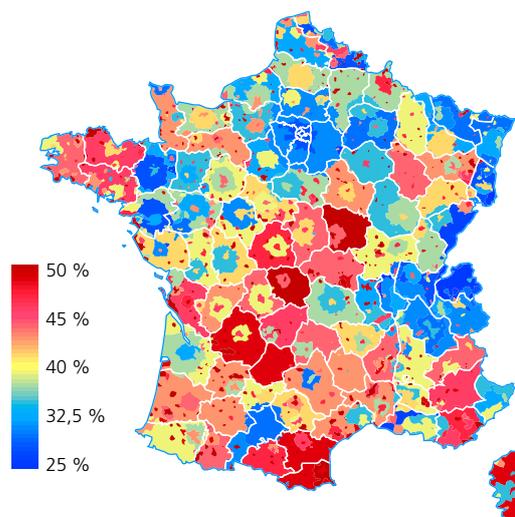


Abbildung 19b
Anteil der Sozialtransfers (Renten, Familie, Wohnen, Mindesteinkommen, Arbeitslosigkeit) in % im Jahre 2016



Der Ökonom Laurent Davezies schätzt, dass die Region Ile-de-France 2012 5 % ihres Haushalts (und somit 25 Milliarden Euro) an andere französische Regionen abgeführt hat². Die Summe wäre noch viel höher, würde man, so Davezies, die Sozialversicherungsausgaben hinzurechnen. («Dieser einfache Mechanismus – der nur selten von der Fachliteratur gewürdigt werde – leite dutzende Milliarden Euro von »reichen« in »arme« Gegenden um und Sorge so für eine ausgewogene territoriale Entwicklung«).

Aufgrund der starken Zentralisierung in Frankreich obliegt diese soziale und territoriale Umverteilung vor allem dem Staat und den Sozialversicherungsbehörden. 2016 betrug der Anteil der öffentlichen Ausgaben an der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung etwa 1.260 Milliarden Euro (davon 31 Milliarden Euro allein an Steuergutschriften) und somit 56,4 % des BIP. Diese waren wie folgt verteilt (die Zahlen schwanken je nach Jahr und Berechnungsmethode):

- Zentrale Behörden, also der Staat und seine dezentralen Dienststellen sowie andere zentralstaatliche Behörden (ODAC): 425 Milliarden Euro (33,5 %)
- Die Sozialversicherungsbehörden (ASSO), einschließlich der Krankenhäuser, aller Sozialversicherungs- und Zusatzrentensysteme sowie der Arbeitslosenversicherung: 590 Milliarden Euro (46,6 %)
- Lokale staatliche Behörden (APUL), also sämtliche Gebietskörperschaften (Regionen, Departements, Kommunen und Gemeindeverbände) sowie diverse Lokalbehörden: 230 Milliarden Euro (19,9 %)

Im Zuge einer Politik der Senkung öffentlicher Ausgaben und des (relativen) Rückzugs des Staates aus den Regionen, wurden jedoch diese Solidaritätsmechanismen seit etwa zehn Jahren teilweise abgebaut, was nicht zuletzt von den europäischen Institutionen angeregt wurde. Mehrere Reformprogramme, die sich am »new public management« orientieren, wie die »Allgemeine Reform des öffentlichen Sektors« (RGPP), die »Modernisierung staatlicher Maßnahmen« (MAP) oder das »Programm für Staatliches Handeln 2022« (AP22) zeugen von dieser Tendenz. Die Forderung »die Präsenz der öffentlichen Dienste an die Regionen anzupassen, ist nicht neu, aber die Entwicklung, die wir seit fast zwei Jahrzehnten beobachten, hat ein beispielloses Ausmaß angenommen«. Wie Thibault Courcelle, Ygal Fijalkow und François Taulelle in einem kürzlich zu diesem Thema erschienenen Buch³ bemerkt haben, sind davon sowohl Krankenhäuser, Gerichte und Postämter, aber auch die Armee, die Polizei und Gendarmerie, der Zoll, die Steuerämter, die Finanzverwaltungen, die Bahnhöfe stark betroffen.

In ganz Frankreich »kommt es zu Schließungen, Verlagerungen, eingeschränkter Präsenz, Umsiedlungen und Umgruppierungen von Dienststellen«, auch wenn es sich dabei um einen sensiblen Bereich handelt und »die Wahrnehmung verheerende Auswirkungen auf die betroffenen Bevölkerungen haben kann⁴«. Zwischen 1980 und 2013 sind sowohl »Grundschulen und Kindergärten, in jeder vierten Gemeinde (-24%), Postämter (-36%) in den Gemeinden, Steuerämter (-31%), Gendarmerien (-13%), Bahnhöfe (-28%), Entbindungsstationen (-48%) und Krankenhäuser (-4%)« von diesem Rückgang betroffen«, vor allem in kleinen Landgemeinden, Dörfern und Kleinstädten⁵. Einerseits »erweckt die Umgestaltung eines öffentlichen Gutes und der Eigentumsverhältnisse bei den Anbietern öffentlicher Dienstleistungen den Eindruck eines Rückzugs des Staates oder einer Enteignung eines öffentlichen Gutes zugunsten privater Interessen«. Andererseits »führen vertikale und horizontale Reorganisationen von Dienstleistungen, die durch die hohen Kosten ihrer Aufrechterhaltung und gleichzeitig durch die Verschlechterung der Servicequalität in Gebieten, in denen sie kaum genutzt werden, gerechtfertigt sind, bestenfalls zu einer Verkleinerung und schlimmstenfalls zu Schließungen und damit zum Verschwinden der Dienstleistungen«⁶.

Denn diese Mechanismen stellen eine erhebliche Belastung für die öffentlichen Finanzen dar, die aufgrund der strukturellen Verlangsamung des Wachstums seit den 1970er Jahren und mehr noch seit 2008 den Staat zwingt, auf Kredite zurückzugreifen und gleichzeitig seine Ausgaben zu reduzieren. »Angesichts der aktuellen Lage scheint es gerechtfertigt, eine strukturelle Senkung der öffentlichen Ausgaben um 3 Prozentpunkte des BIP in fünf Jahren anzustreben [...]. Dieses Ziel ermöglicht einen Handlungsspielraum bei öffentlichen Einnahmen, indem diese gesenkt werden [...] und gleichzeitig die langfristige Tragfähigkeit der französischen Staatsverschuldung gewährleistet wird, indem diese bis 2040 von fast 100 Prozent des BIP auf ein Niveau zwischen 70 und 75 Prozent gesenkt wird«, heißt es in einer 2019 veröffentlichte Stellungnahme von *France Stratégie* zur Senkung der öffentlichen Ausgaben⁷.

² Laurence Davezies. *La crise qui vient, la nouvelle fracture territoriale*. Paris, Le Seuil, La République des idées, 2012

³ Thibault Courcelle, Ygal Fijalkow, François Taulelle (dir.), *Service publics et territoires. Adaptations, innovations et réactions*, Rennes, Presses universitaires de Rennes, 2017.

⁴ Idem

⁵ Aleksandra Barczak und Mohamed Hilal, *Quelle évolution de la présence des services publics en France ?* « in Thibault Courcelle, Ygal Fijalkow, François Taulelle (dir.), *Service publics et territoires. Adaptations, innovations et réactions*, Rennes, Presses universitaires de Rennes, 2017.

⁶ Aleksandra Barczak und Mohamed Hilal, art. cit. 2017

⁷ Christophe Gouardo und Fabrice Lengart, *Où réduire le poids de la dépense publique ?*, France Stratégie, janvier 2019.

2.2 DIE STARKE UMWERTILUNG ÄNDERT KAUM ETWAS AN DER GROSSEN REGIONALEN UNGLEICHHEIT UND IST ZUGLEICH INTRANSPARENT

Abgesehen von den hohen Kosten sind die Mechanismen des Sozialstaats immer intransparenter geworden. Der Soziologe François Dubet, der sich dem Thema in vielen seiner Werke widmet, erklärte: »In den letzten dreißig Jahren wurden zunehmend zersplitterte, oft merkwürdige und manchmal sonderbare sozialpolitische Maßnahmen konstruiert, die somit zu einer Erosion des Solidaritätsgefühls beigetragen haben.«⁸ Da niemand mehr weiß, wohin die eingezahlten Beiträge gehen und was sie finanzieren, gewinnt aktuell die »Steuerverdrossenheit« (*ras-le-bol fiscal*) in der öffentlichen Debatte immer mehr an Boden. Die »Gelbwesten«-, aber zuvor auch schon die bretonische »Rotmützen«-Bewegung sind Sinnbild dieses Gefühls.

Hinzu kommt der zunehmende Individualismus, der sicherlich kein neues Phänomen ist; seine Anfänge gehen vielmehr bis in die 1970er Jahre zurück. »Es ist in der Tat problematisch, auf der einen Seite den Steuerzahlern gerecht zu werden, auf denen in manchen Gemeinden eine bis zur Grenze des erträglichen reichende Steuerpflicht lastet, und auf der anderen Seite den Gebietskörperschaften gerecht zu werden, die beträchtliche Mittel für ihre Infrastruktur benötigen«, bemerkte Jacques Limouzy, Abgeordneter des Departements Tarn, bereits 1967 in der Nationalversammlung⁹. Diese Verstärkung des Individualismus, die sich auf den zunehmenden Wettbewerb zwischen Individuen bezieht, ist zwar weniger »spektakulär«, stellt jedoch eine beispiellose Herausforderung für unser Sozialmodell dar. Insofern braucht es heute neue Formen der Solidarität.

2.3 DEN STAAT IN DEN DIENST DER REGIONEN STELLEN UND NEUE FORMEN DER SOLIDARITÄT SCHAFFEN

Die Ergebnisse dieser Studie führen unweigerlich zu dem Schluss, dass eine zentralistische Politik »à la française« die Ungleichheit nicht überwinden kann. Diese Verantwortung kann angesichts sich wandelnder Produktionsprozesse und Lebensweisen auch unmöglich vom Zentralstaat allein geschultert werden. Zwischengelagerte Ebenen brauchen ein breiteres Spektrum an Zuständigkeiten und eine größere Verordnungskompetenz. Wenn dieser Kurs tatsächlich eingeschlagen werden sollte, müsste eine asymmetrische Dezentralisierung angestrebt werden, die eine Anpassung der den lokalen Behörden übertragenen Kompetenzen an die wirtschaftliche, soziale und geographische Realität jeder Region oder Subregion fördert. Dies wäre eine neue Etappe der Dezentralisierung, aber auch der Kompetenzverteilung in Frankreich.

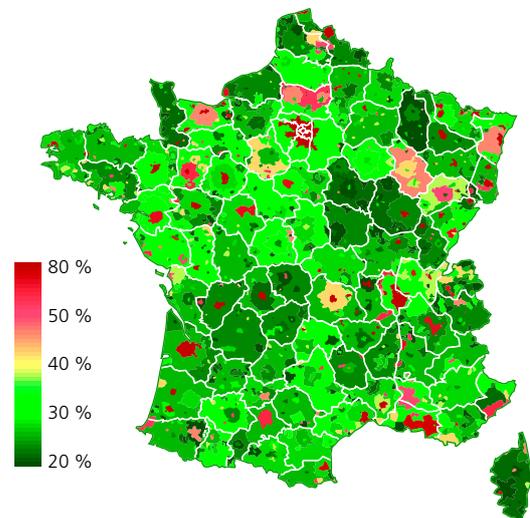
⁸ François Dubet ; *Le Temps des passions tristes. Inégalités et populisme*, Paris, Seuil, La République des idées, 2019.

⁹ La Banque postale, *Regards sur la fiscalité locale (1986–2018)*, Contributions directes (vol. 1), juin 2019.

Das bedeutet keineswegs, dass eine Art »Balkanisierung« des Staatsgebietes angestrebt werden soll. Vielmehr geht es um eine Weiterentwicklung der Rolle des Staates: von einem ausgeprägten Wohlfahrtsstaat hin zu einer ausgleichenden und umverteilenden Funktion. Der Zentralstaat sollte den untergeordneten Verwaltungsstufen den Kampf gegen die Ungleichheiten überlassen und selbst dafür Sorge tragen, dass ein Lastenausgleich zwischen den Regionen stattfindet, indem er, falls notwendig, Kriterien für die Mittelvergabe reformiert und gegebenenfalls den dafür nötigen Haushalt aufstockt. Darüber hinaus muss er allen Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen Zugang zu einer leistungsstarken Internetverbindung garantieren, da dies zu entscheidend für die regionale Entwicklung ist. Ein leistungsstarker Internetanschluss ist nicht nur für Unternehmen unabdingbar (Telearbeit, Onlinehandel usw.), sondern stellt auch für die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen eine Grundvoraussetzung dar – insbesondere in Gegenden, in denen diese für die Bürgerinnen und Bürger immer schwerer zugänglich sind. Der Ausbau der Hochleistungsnetze (*Plan Très Haut Débit*), der von der Regierung 2013 angestoßen wurde, soll bis 2022 ganz Frankreich mit Breitbandanschlüssen versorgen. Aktuell besteht in dieser Hinsicht jedoch noch ein erhebliches Gefälle zwischen dem »Frankreich der Städte« und dem »ländlichen Frankreich«, wie Abbildung 21 veranschaulicht.

Abbildung 21

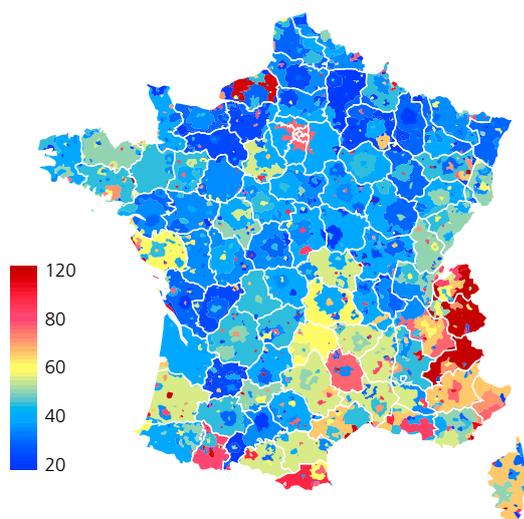
Anteil der Gebäude, die über einen schnellen Internetanschluß verfügen (über 30 Mega), 2017



Die Gebietskörperschaften sollten also verstärkt in das staatliche Vorgehen gegen Ungleichheit eingebunden werden und bei der Zentralgewalt mehr Berücksichtigung finden. Verglichen mit dem Zentralstaat sind ihre personellen und finanziellen Ressourcen aber immer noch relativ begrenzt. Dennoch kommen sie laut der Beobachtungsstelle für Finanzen und Lokalverwaltung (*OFGL*, 2019) nach wie vor für 70 % der öffentlichen Investitionen auf, sorgen für die landesweite Verfügbarkeit zahlreicher Leistungen der Daseinsvorsorge und können insgesamt mit einer gesunden Finanzlage aufwarten. Trotz des starken Rückgangs der öffentlichen Mittel zwischen 2014 und 2017 liegen die Bruttoersparnisse der Gebietskör-

perschaften bei 39,4 Milliarden Euro und sind somit 2018 um 8,5% gestiegen. Dies ist der höchste verzeichnete Wert überhaupt und ihre Einnahmen steigen weiterhin an (+3,1%), was mit der Dynamik der Grunderwerbssteuer, der Abgabe auf die Wertschöpfung der Unternehmen und der Steuerbemessungsgrundlagen der privaten Haushalte, die zu höheren Investitionen (um +9,2% auf 58,2 Milliarden Euro)¹⁰ führen. Darüber hinaus ist die Entschuldungskapazität der lokalen Gebietskörperschaften nach wie vor zufriedenstellend, während sich die lokale Verschuldung wertmäßig stabilisiert hat (+0,5%, 175,6 Milliarden Euro). Im Schnitt liegt die Fähigkeit zur Entschuldung bei den Kommunen bei 5,6 Jahren, bei den Departements bei 4,2 Jahren und bei den Regionen bei 4,9 Jahren. Je nach Gebiet sind Abweichungen möglich (siehe Schaubild 23 und 24), sowohl was die Einnahmen (abhängig von der Attraktivität der Region) als auch die Ausgaben betrifft (abhängig von der demografischen Entwicklung, sowie von der Höhe der Ausgaben für Sozialhilfe oder Ausgaben für den Tourismus, aufgrund der hohen, saisonbedingten Belastungen).

Abbildung 22
Durchschnittliche Schulden der Kommunen pro Einwohner zwischen 2014 und 2018 (in Euro)

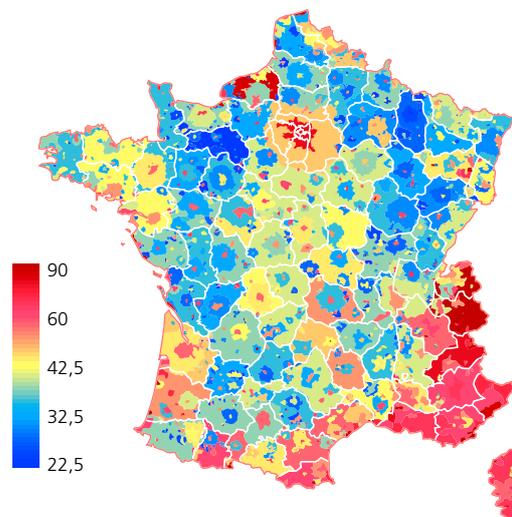


Dennoch bestehen aktuell zwei Probleme:

- 1) Weist der Staat, um die Ungleichheit zu bekämpfen, den Gebietskörperschaften einen Teil seines Haushalts zu, etwa über Zuwendungen (nicht zweckgebundene Mittel), Subventionen (zweckgebundene Mittel) oder umverteilte Steuermittel, so nimmt im Fall einer Senkung dieser Mittel der Handlungsspielraum der Gebietskörperschaften ab und die Ungleichheit steigt. So ist beispielsweise die Gesamtmittelzuweisung, die aktuell 30 von den 110 Millionen Euro umfasst, die den Gebietskörperschaften jährlich überwiesen werden, zwischen 2013 und 2017 um 11 Milliarden Euro gesunken.

¹⁰ La Banque Postale Note de conjoncture sur les finances locales : tendances 2019 par niveau de collectivités locales ; September 2019, online verfügbar.

Abbildung 23
Laufende Ausgaben der Kommunen pro Einwohner (im Durchschnitt, 2014–2015) in Euro

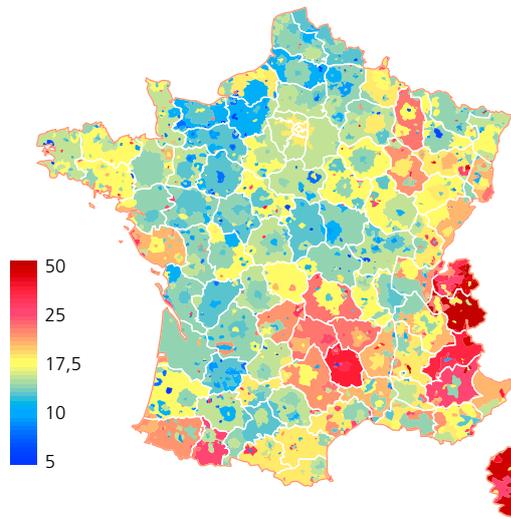


Claire Delpech und Françoise Navarre, beide Mitglieder des »lokalen Finanznetzwerks«, weisen darauf hin, dass der Pro-Kopf-Satz der Zuweisungen an die Gebietskörperschaften je nach Bevölkerungsdichte und Vermögen stark variiert (zwischen 40 und 1.300 Euro in der Region Île-de-France) und eine proportionale Reduzierung der Mittel vor allem ärmere städtische Gegenden trifft: »Da bei einer Verringerung der staatlichen Mittelzuweisung in ihrer Gesamtheit die jeweilige lokale Situation keine Berücksichtigung findet, betreffen Mittelkürzungen gleichermaßen Gebietskörperschaften mit starker Abhängigkeit von staatlichen Mitteln und solche, die über höhere Steuereinnahmen verfügen¹¹.« Der französische Rechnungshof fügt hinzu: »Angesichts der großen Unterschiede zwischen den einzelnen Situationen vor Ort ist [der Rechnungshof] in seinen letzten Jahresberichten zu der Auffassung gelangt, dass bei der geplanten Verringerung der staatlichen Finanzzuweisungen im System zur Finanzierung der Gebietskörperschaften die Ressourcen und finanziellen Belastungen der einzelnen Körperschaften stärker berücksichtigt werden und die von ihnen geforderten Sparanstrengungen der jeweiligen Situation angepasst werden sollten.¹²«

¹¹ Claire Delpech, Françoise Navarre, « Finances publiques locales et enjeux territoriaux », Association d'économie financière, Revue d'économie financière, 2018/4 (n° 132), pp. 91–106.

¹² Cour des comptes, *Les finances publiques locales. Rapport sur la situation financière et la gestion des collectivités territoriales et de leurs établissements publics* (online), Finances et comptes publics ; Synthèse, Paris, 2018.

Abbildung 24
Durchschnittliche Infrastrukturausgaben der Kommunen pro Einwohner (in Euro) zwischen 2014 und 2018



2) Die lokalen Steuereinnahmen sind im Vergleich zu den zentralstaatlichen gering und belaufen sich auf 5,8 % des BIP (vor Abschaffung der Wohnsteuer, die für die Gebietskörperschaften zukünftig eine weitere Unsicherheit darstellt), verglichen mit durchschnittlich 7,1 % in den OECD-Ländern und zudem sehr ungleich verteilt: Die Besteuerung ist nicht nur auf Ebene der Einzelhaushalte sozial ungerecht, sondern auch für die Gebietskörperschaften, da sie bei den zu entrichtenden Steuern kaum die Beitragskapazität der Haushalte berücksichtigt. Gegenwärtig vergrößert sich die Kluft zwischen der ständig wachsenden Nachfrage nach öffentlichen Einrichtungen in Folge neuer Bedürfnisse, der kollektiven Forderung nach mehr Transparenz und einer Finanzierungsmethode, die archaisch und ineffizient bleibt.

Aus diesen Gründen und im Sinne von mehr sozialer Gerechtigkeit und eines wirksameren Kampfes gegen die Ungleichheit ist es notwendig,

- **dass die Rolle des Staates bei der Raumordnungspolitik überdacht wird:** Der Staat darf sich nicht weiter zurückziehen und problembehaftete Gebiete sich selbst überlassen. Steuerliche und finanzielle Ausgleichsmechanismen müssen den lokalen Gegebenheiten und Einwohnern entsprechend gestaltet werden;
- **dass alle Regionen schneller mit Glasfaser- und Hochgeschwindigkeitsnetzen ausgestattet werden:** Alle Bürgerinnen und Bürger müssen gleichermaßen Zugang zu einem leistungsstarken Internet erhalten, damit landesweit die Entwicklung der Unternehmen gefördert und den Bürgern der Zugang zu den Behörden erleichtert wird;
- **dass den Gebietskörperschaften wieder mehr Gewicht verliehen wird:** Sie müssen gezielt vor Ort und mit angemessenen finanziellen Mitteln gegen alle Formen der Ungleichheit vorgehen können;
- **dass neue Formen der Solidarität und der regionalen Zusammenarbeit entwickelt werden:** Solidarität darf sich nicht nur finanziell äußern. Die Regionen müssen auch in der Lage sein, sich auf der Grundlage von Gegenseitigkeitsverträgen, die von manchen Metropolen in Partnerschaft mit ihrem Hinterland abgeschlossen wurden, zusammenzuschließen, um gemeinsame Projekte zu verwirklichen, die auch hier die Bekämpfung aller Formen von Ungleichheit ermöglichen.

Diese Publikation geht zurück auf die im Februar 2020 von der Jean-Jaurès-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung in französischer Sprache veröffentlichten Studie **»Les inégalités socio-spatiales en France et en Allemagne«**.

Die Originalversion des deutschen Teils wurde von der FES unter dem Titel **»Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019«**.

ÜBER DEN AUTOR

Herve Le Bras ist Demograf und Historiker. Im Zuge seiner Tätigkeit als Studienleiter an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris (EHESS) und emeritierter Forschungsleiter des französischen Instituts für Bevölkerungsforschung *Ined* veröffentlichte er zahlreiche Werke: *Le mystère français* (mit Emmanuel Todd, Seuil, 2013), *l'Atlas des inégalités* (Autrement, 2014) oder *Se sentir mal dans une France qui va bien* (Aube, 2019). Er hat den ersten Teil des Berichts verfasst.

Achille Warnant ist Doktorand der Geografie an der *Ecole des hautes études en sciences sociales* (EHESS). Von September 2017 bis Januar 2019 nahm er an der von der Fondation Jean-Jaurès organisierten Konferenzreihe zu kleinen und mittelgroßen Städten teil. Von ihm stammt der zweite Teil des Berichts.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf ab, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen. Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegespräche (»Cercle stratégique«) über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen (»Deutsch-Französischer Wirtschaftsdialog«) und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris
41 bis, bd. de la Tour-Maubourg | 75007 Paris | France

www.fesparis.org

Kontakt:
fes@fesparis.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Laurent, Éloi
Kommunen und sozial-ökologische Wende
Erfahrungen aus Frankreich

Bréchon, Pierre
Die Werte der Franzosen
Entwicklungen, die Anlass zu Optimismus geben
Paris, 2020

Rossignol, Laurence; Fourtic, Yseline
Politische Parität in Frankreich
Was ein Gesetz kann – und was nicht
Paris, 2020

Guillou, Antoine
Eine wirksame und gerechte CO₂-Steuer
Paris, 2020

Gliniasty, Jean de
Die Russlandpolitik Präsident Macrons
Paris, 2020

Rémi Lefebvre
Gelbwesten und politische Repräsentation
Paris, 2019

Fourquet, Jérôme; Manternach, Sylvain
Die »Gelbwesten«
Ein Zeichen der gesellschaftlichen Spaltung Frankreichs
Paris, 2019

Finkelstein, Gilles
Profil der Anhänger von La République en Marche
Paris, 2019

Finkelstein, Gilles
Profil der Anhänger der Sozialistischen Partei
Paris, 2019

UNGLEICHES FRANKREICH

Radiografie der sozioökonomischen und regionalen Disparitäten



Die »Gelbwesten«-Proteste in Frankreich haben tiefgreifende regionale Missstände und Disparitäten zutage treten lassen, die bei vielen Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck hervorgerufen haben, dass ihre Anliegen von der öffentlichen Hand nicht angemessen berücksichtigt werden.



Anlass zur Sorge geben dabei zum einen die sozio-ökonomischen Ungleichheiten zwischen den Regionen, die zudem je nach Verwaltungsebene sehr unterschiedlich ausgeprägt sind, sowie zum anderen die mangelnde Sichtbarkeit staatlichen Handelns in den Regionen, das bei den Bewohnern das Gefühl des abgehängt Seins fördert und den Hintergrund für den zunehmenden Populismus bildet.



Der genauere Blick auf die regionalen Disparitäten zeichnet das Bild eines »zerstückelten« Frankreich, das auf allen administrativen Ebenen von zahlreichen Bruchlinien durchzogen, so dass eine zentralistische Politik, wie sie bislang in Frankreich prägend war, kein probates Mittel im Kampf gegen Ungleichheit ist. Stattdessen sollten die Gebietskörperschaften mit mehr Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet und neue Formen der Solidarität im Rahmen regionaler Zusammenarbeit gefördert werden.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

www.fesparis.org